

mittelstands magazin

DAS MAGAZIN DER **MIT**
FÜR ENTSCHEIDER IN
WIRTSCHAFT UND POLITIK

03
2025

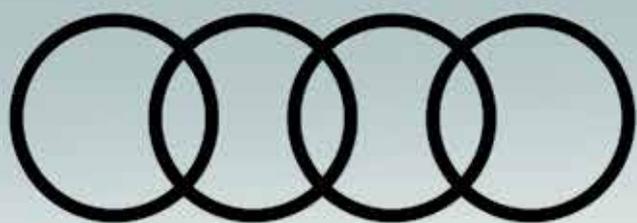
OKTOBER 2025
WWW.MIT-BUND.DE
ISSN 1865-8873

**Exklusiv-Interview
mit Katherina Reiche**



17. BUNDESMITTELSTANDSTAG IN KÖLN

**SO VIEL *MIT*
WAR NOCH
NIE!**



Aktion Upgrade.

Attraktive Konditionen für Businesskunden¹
auf ausgewählte Audi e-hybrid Modelle.



Angebot sichern unter
¹www.audi.de/business



24

**MIT:EDITORIAL****Wir stehen in der Verantwortung**

von Gitta Connemann

4

MIT:KOLUMNE**Verpasste Chance**

Von Alisha Mendgen

8

MIT:TITEL**17. Bundesmittelstandtag**

In Köln haben die Delegierten mit dem Leitbeschluss die Weichen für die Zukunft gestellt – auch der Bundeskanzler und viele weitere hochrangige Gäste waren vor Ort

10

MIT:REPORT**Ordnungspolitik im Gesundheitswesen**

Warum die MIT klare Regeln in der ambulanten Versorgung fordert

14

Warum nachhaltige Staatsfinanzen unverzichtbar bleiben

Die Schuldenuhr steht bei 2,5 Billionen Euro. Das sind 30.000 Euro pro Bürger. Ein Plädoyer für Haushaltsdisziplin

20

MIT:INTERVIEW**Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche im Exklusiv-Interview**

24

Sie fordert: „Deutschland braucht Mut zu weiteren strukturellen Reformen.“ Und sie spricht über Wettbewerbsfähigkeit, die Rolle von Praxischecks – und die Ministerin erklärt, warum wir einen Kulturwandel brauchen

MIT:FAKTEN

6-9

Wachstum trotz Zollbarrieren | Mehr Anerkennungen ausländischer Abschlüsse | Mehr KI im Personalwesen | Hoffnung bei Unternehmensnachfolgen

MIT: INSIDE**EU-Check**

28

Inside-Meldungen

29

Mitgliederstatistik

30

Impressum

28





Wir stehen in der Vera

Liebe MIT-Streiterinnen, liebe MIT-Streiter,

der Bundesmittelstandstag 2025 in Köln fand in Zeiten des Umbruchs statt. Deutschland muss eine Aufholjagd starten. Hinter uns liegen Rezession und Wettbewerbsschwäche. Die neue Bundesregierung unter unserem Bundeskanzler Friedrich Merz arbeitet mit aller Kraft für eine Politik- und Wirtschaftswende. Unser Ziel: Wirtschaftswachstum. Indem wir Wettbewerbsfähigkeit, Freiraum für Unternehmertum und Innovationsmut zurückgewinnen.

Es gibt positive Signale. Die Stimmung hellt auf. Aber eine bessere Stimmung allein bringt noch kein Wachstum. Und ersetzt keine strukturelle Reform. Es sind die Wettbewerbsbedingungen, die über Wachstum entscheiden.

Unser Rezeptbuch dafür ist die Soziale Marktwirtschaft: Mit Wettbewerb, Innovationsfreude, Technologieoffenheit und Freiheit. Mit einem Staat, der sich als Schiedsrichter und nicht als Mitspieler versteht. Mit einer Politik, die Bürgern und Betrieben vertraut, statt ihnen mit Misstrauen zu regulieren.

Die Substanz unserer Wirtschaft ist stark – dank unseres Mittelstandes. „Mittelstand wirkt“. Jeden Tag stellen Betriebe, Unternehmer und Freiberufler mit ihren Mitarbeitern in Deutschland unter Beweis, dass sie unser Land voranbringen. Dass sie Arbeitsplätze schaffen, technologische Entwicklungen vorantreiben und am Weltmarkt bestehen.



ntwortung

Unser Mittelstand wirkt aber nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch. Wir, die MIT und die MU, haben gemeinsam wichtige politische Projekte in Grundsatz- und Wahlprogramm der Union und am Ende im Koalitionsvertrag verankert wie die Unternehmenssteuerreform, die Aktivrente, den Bürokratierückbau, das Ende nationaler Alleingänge in der Europapolitik, die Reform des Bürgergeldes oder die Rückkehr zu marktwirtschaftlichem Klimaschutz.

In Köln haben wir mit dem Leitbeschluss unseren Fahrplan für einen starken Standort beschlossen. Es war ein wichtiges Signal an die ganze MIT, dass uns dabei auch unser Bundeskanzler Friedrich Merz vor Ort in Köln begleitet hat.

In seiner viel beachteten Ansprache betonte er: „Wir stehen in der Verantwortung vor der jungen Generation und deshalb haben wir ein klares Ziel: Deutschland wieder an die Spitze der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa und in der Welt zu bringen.“

Neben Friedrich Merz begeisterten weitere hochkarätige Redner wie Ministerpräsident Hendrik Wüst, JU-Chef Johannes Winkel, der CDU-Mitgliederbeauftragte Philipp Amthor und der CDA-Vorsitzende Dennis Radtke die Delegierten vor Ort und die Zuschauer im Livestream.

Mit den Vorstandswahlen haben wir auch die personellen Weichen für die kommenden zwei Jahre gestellt. Auch ich wurde wiedergewählt. Ich bin dankbar für den klaren Vertrauensbeweis. Wer meine Arbeit in den letzten Jahren begleitet hat, weiß: Ich bin Herzblutmittelständlerin. Mittelstand ist nicht nur die Frage der Größe eines Betriebs. Sondern eine Haltung. Mittelständler sind bereit, jeden Tag Verantwortung zu schultern – für ihre Beschäftigten, ihre Heimat und die nächste Generation. Es ist mir eine Ehre, dem Mittelstand auch zukünftig bundesweit Stimme und Gesicht zu geben. Auf ein Neues.

Ihre



Gitta Connemann MdB
MIT-Bundesvorsitzende



Trotz Zollbarrieren: Deutsche Wirtschaft auf Wachstumskurs

Während der US-Protektionismus das Wachstum drosselt, kommt zunehmender Rückenwind von der deutschen Fiskalpolitik. Im 3. Quartal dürfte die deutsche Wirtschaft nur geringfügig gewachsen sein, jetzt aber soll die konjunkturelle Aufwärtsdynamik zunehmen – das meldet die KfW. Sie hebt die Prognose für das preisbereinigte Wirtschaftswachstum in Deutschland 2025 etwas an auf jetzt 0,2 Prozent. Die Wachstumsprognose für 2026 erhöht die KfW sogar um deutliche 0,5 Prozentpunkte auf 1,5 Prozent, da der Fiskalstimulus des Bundes wohl noch größer ausfällt als bisher erwartet.

Dirk Schumacher, Chefvolkswirt der KfW: „Für die deutsche Wirtschaft sollte zum Jahresende hin der Rückenwind überwiegen. Schon im 4. Quartal ist mit einem ersten konjunkturellen Schub durch die Investitionsoffensive des Bundes zu rechnen. Signale für eine zunehmende Kreditnachfrage der Unternehmen und Haushalte weisen auch auf einen Anstieg der privaten Investitionstätigkeit hin. Die signifikanten US-Zollerhöhungen seit Frühjahr 2025 scheinen die Unternehmen recht gut zu verkraften.“

21 Prozent mehr Anerkennungen ausländischer Berufsabschlüsse



Die Zahl der im Ausland erworbenen und in Deutschland anerkannten Berufsabschlüsse ist im Jahr 2024 weiter gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, wurden rund 79.100 Anerkennungsanträge positiv beschieden. Das waren 21 Prozent mehr als im Vorjahr (2023: 65.300). Seit Beginn der gemeinsamen Erfassung von bundes- und landesrechtlich geregelten Anerkennungsverfahren im Jahr 2016 stieg die Zahl der Anerkennungen kontinuierlich und hat sich mehr als verdreifacht (2016: 26.200).

87 Prozent der Antragsteller mit positiv beschiedenem Verfahren im Jahr 2024 haben ihre berufliche Qualifikation in Drittstaaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR, bestehend aus EU-27 plus Island, Liechtenstein und Norwegen, hier zusätzlich Schweiz) erworben. Das mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz eingeführte beschleunigte Fachkräfteverfahren ermöglichte 4.900 Anerkennungen von Berufsqualifikationen aus Drittstaaten. 59 Prozent aller positiv beschiedenen Anträge wurden von Frauen und 41 Prozent von Männern gestellt. Unter den anerkannten Qualifikationen waren 83 Prozent nach Bundes- und 17 Prozent nach Landesrecht geregelt.

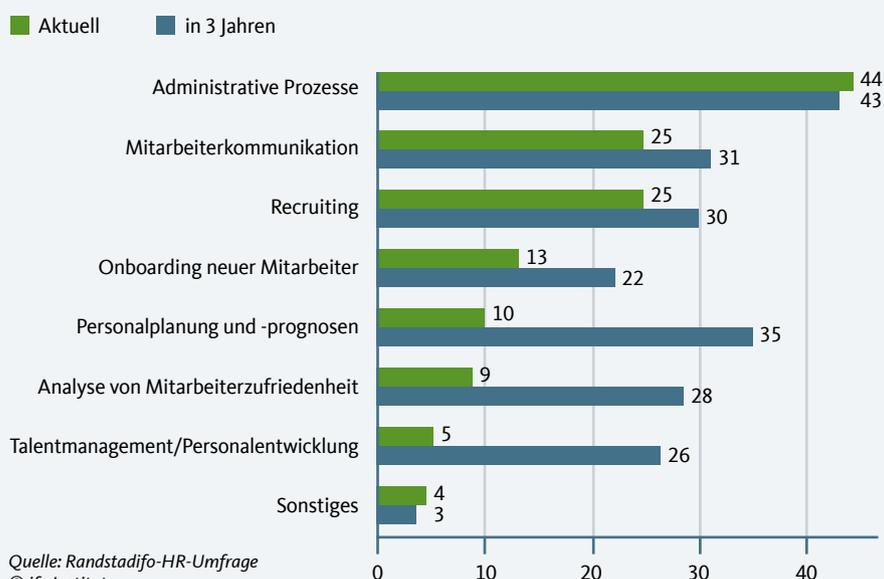
Personalleiter wollen mit KI mehr automatisieren

Unternehmen setzen Künstliche Intelligenz (KI) im Personalwesen vor allem ein, um Verwaltungsaufwand zu reduzieren. Das geht aus der aktuellen Personalleiterbefragung von Randstad und dem ifo Institut hervor. 44 Prozent sehen den größten Nutzen von KI bei der Abwicklung von Verwaltungsprozessen. Ein Viertel der Unternehmen sieht den größten Nutzen im Recruiting und verwendet KI vor allem, um Stellenausschreibungen zu verfassen oder zu platzieren. Zudem kommt KI häufig zum Einsatz, um Lebensläufe zu analysieren oder eine Vorauswahl zu treffen.

Für 2028 erwarten Firmen den größten Nutzen nicht mehr nur bei administrativen Prozessen. Die Aufgabenbereiche Personalplanung (35 Prozent, heute 10 Prozent), Personalentwicklung (26 Prozent, heute 5 Prozent) und Analyse der Mitarbeiterzufriedenheit (28 Prozent, heute 9 Prozent) werden deutlich aufholen.

HR-Bereiche, in denen KI größten Nutzen bringt

Gewichtete Anteile in Prozent (Mehrfachnennungen)



Anzeige

Erfolg.Fördern.Berlin.

wachsen mit der IBB



Wir haben die passende finanzielle Förderung, damit Dein Unternehmen wachsen kann. Kompetent, zuverlässig und mit dem Ziel, Dein Geschäft langfristig erfolgreich zu machen.

Hotline Wirtschaftsförderung: 030 / 2125-4747

[ibb.de/wachsen](https://www.ibb.de/wachsen)

Investitionsbank
Berlin

Verpasste Chance

Von Alisha Mendgen



Alisha Mendgen berichtet als Hauptstadt-Korrespondentin für FOCUS Magazin über die Bundespolitik. Nach ihrem Studium in Berlin volontierte sie beim Redaktions-Netzwerk Deutschland und arbeitete dort im Hauptstadtbüro.

Wer erinnert sich nicht an diese Bilder? Menschen, die völlig erschöpft und mit ihren letzten Habseligkeiten auf dem Rücken an deutschen Bahnhöfen ankamen. Ehrenamtliche, die Wasserflaschen, Kleidung und Spielzeug verteilten. Passanten, die den Ankommenden zujubelten – ihre Botschaft: Ihr seid hier, ihr seid sicher.

Es war das Jahr 2015. Hunderttausende flohen aus Syrien, Afghanistan oder dem Irak vor Krieg, Krisen und Verfolgung nach Deutschland. An manchen Tagen waren es mehr als Zehntausend. Angela Merkel sprach in diesen Wochen jene Worte, die bis heute höchst umstritten sind: „Wir haben so vieles geschafft. Wir schaffen das.“

Deutschland zeigte ein „freundliches Gesicht“, wie Merkel es damals formulierte. Das war richtig und wichtig. Doch der Appell, „Das“ zu „schaffen“, deutete bereits auf das Problem hin, was Monate und Jahre darauf immer offensichtlicher wurde.

Gewiss: Zunächst ging es darum, den Männern, Frauen und Kindern Obdach zu bieten. Deutschland als größte Volkswirtschaft und Land mit Führungsanspruch in Europa musste Verantwortung übernehmen. Man kann sich in solch einer Ausnahmesituation nicht wegducken und die Nachbarländer mit der Herausforderung alleinlassen. Wer selbst Migrationshintergrund oder Fluchtgeschichte in der Familie hat, weiß: Es kommt gerade auf jene Länder an, die bereit sind, ihre Türen zu öffnen.

Aber natürlich hat die Politik auch Fehler gemacht – und zwar viel zu viele. Zur Freundlichkeit auf der einen gehört Konsequenz auf der anderen Seite. Und die fehlte viel zu oft, viel zu lang.

Merkel wollte mit ihrem Satz Zuversicht ausstrahlen und Mut zusprechen – den Flüchtlingshelfern in den Unterkünften, den Verwaltungsangestellten in den Kommunen, und auch dem Teil der Bevölkerung, dem mulmig zu Mute war.

Zugleich entstand der Eindruck, man müsse lediglich weitermachen wie bisher – nur etwas besser – und dann würde sich schon alles fügen. Irgendwie. Das war Weiße Salbe: ein Versuch der Beruhigung, ohne Klarheit, welche genauen Schritte folgen.

Bund und Länder hätten sich vornehmen müssen, nicht nur durchzuhalten, sondern über sich hinauszuwachsen:

bei der Aufnahme, bei der Integration – und auch bei der Abschiebung von Menschen, die eine Gefahr für die Bevölkerung sind und ihr Gastrecht durch schwere Straftaten verwirkt haben.

Die Herausforderung hätte die Politik als Hebel nutzen können, um verkrustete Strukturen endlich aufzubrechen. Stattdessen blieb vieles weiter liegen: eine bessere Ausstattung der Sicherheitsbehörden, eine stärkere Vernetzung von Bundes- und Landesbehörden, die gezielte Anwerbung von Lehrkräften und der Ausbau von Lehramtsstudienplätzen, eine entschlossene Ankurbelung des Wohnungsbaus. Und, und, und.

Der Zustrom vieler Zehntausender hätte ein Impuls für Europa sein können, endlich eine faire Flüchtlingspolitik auszuhandeln. Damit nicht nur wenige Länder die Last für viele tragen. Das EU-Türkei-Abkommen senkte zwar die Flüchtlingszahlen, aber eine langfristige Lösung für Europa war das auch nicht.

Seither spüren wir die Folgen dieser Fehler. Über die Jahre sind Millionen von Flüchtlingen hinzugekommen – zu viele. Noch immer fällt es schwer, sie zu integrieren oder zurückzuführen, wenn sie eigentlich in einem anderen EU-Land Schutz bekommen müssten.

Das eigentliche Versäumnis liegt also nicht in der Hilfsbereitschaft von 2015. Sondern in dem, was danach nicht kam. ●

Der Beitrag gibt die persönliche Meinung der Autorin wieder.

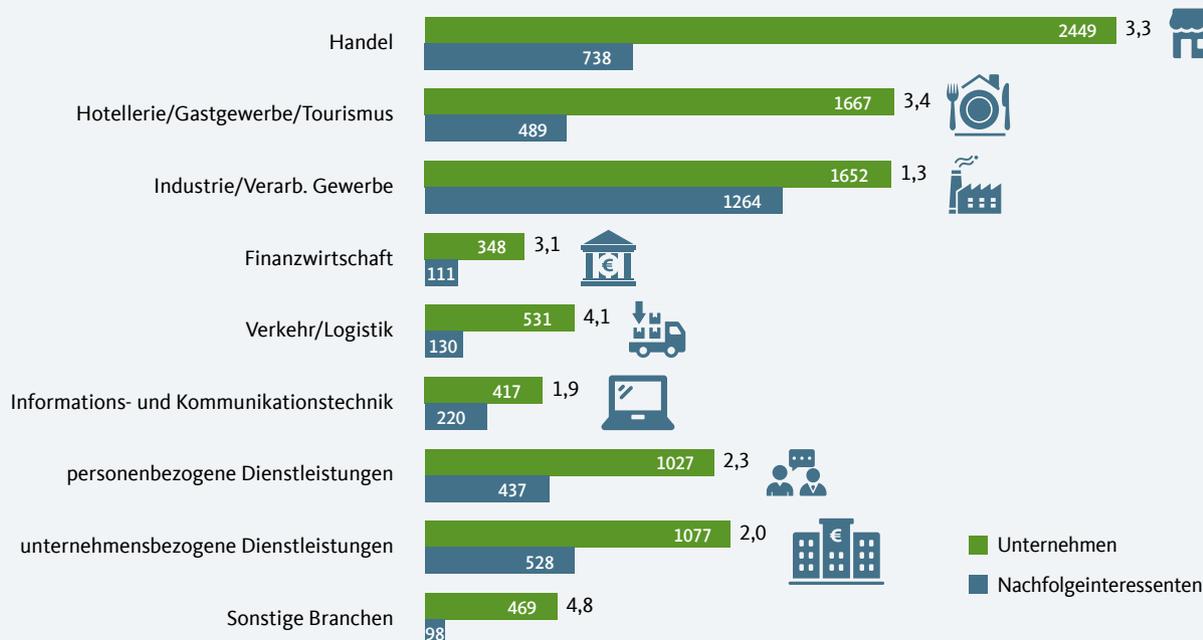
Hoffnungsschimmer bei Unternehmensnachfolgen

Noch nie wollten in Deutschland so viele Unternehmensinhaberinnen und -inhaber ihr Lebenswerk in andere Hände übergeben oder – falls das nicht gelingt – den Betrieb im Zweifel schließen. Das zeigt der Report Unternehmensnachfolge 2025 der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK). In den Beratungen der IHKs stehen deutschlandweit gut 9.600 fortzuführenden Unternehmen lediglich 4.000 Interessenten gegenüber.

Perspektivisch gibt es jedoch einen Hoffnungsschimmer. Das intensive Engagement der IHKs vor Ort lohnt sich – es kommen zuletzt wieder etwas mehr Interessenten für eine Unternehmensübernahme in die Beratung der lokalen Industrie- und Handelskammern. Sie berichteten zudem vermehrt von Nachfolgekandidatinnen und -kandidaten aus der Industrie, die aktuell eine Alternative zum Angestelltenverhältnis suchen.

Enge Lage im Handel und Verkehr/Logistik

2024: So viele Senior-Unternehmer/innen und Nachfolgeinteressierte ließen sich in der jeweiligen Branche beraten; Verhältnis Unternehmer/innen pro potenziellem/r Nachfolger/Nachfolgerinnen



Anzeige

Logistik-Lösungen für Leistungsträger

dynamisch · zertifiziert · inhabergeführt



Logistik · Network · Workspace

Für kleine und ganz große Aufgaben:

140.000 Palettenstellplätze · 160 Fahrzeuge · 450 Mitarbeiter · Warehouse-Management · SAP · Onlinehandel · Akku-/Batterie-/Gefahrgutlager, Sondertransporte · Sicherheitsbereich · Entsorgung · eigenes Büro möglich, Aviation-Service · Reg.B. · BIO-zertifiziert · 365/24-Lager im Dreieck A7 / A2

STARTUPS
WELCOME

www.ebeling-logistik.de

Hannover / Wedemark · Tel. 05130-5800-0



Wir schaffen wirtschaftliche Lösungen

EBELING
Logistik



1

17. BUNDESMITTELSTANDSTAG IN KÖLN

„Hier schlägt das Herz unserer Wirtschaft“

Volles Haus in der Motorworld: Beim 17. Bundesmittelstandstag der MIT am 26. und 27. September in Köln hat sich die MIT neu aufgestellt: Ein wegweisender Leitbeschluss zeigt Rezepte auf, um endlich die Wirtschaftskrise abzuschütteln. Und hochkarätige Gäste – allen voran Bundeskanzler Friedrich Merz – hoben die Bedeutung des Mittelstandes hervor. Alle Anwesenden waren sich einig: Nur mit der anpackenden Einstellung unserer Unternehmer schafft es Deutschland aus der Krise.

Unsere Bundesvorsitzende Gitta Connemann eröffnete den Bundesmittelstandstag in der Domstadt mit einem Lob auf den Mittelstand: „Leistung, Ver-

antwortung, Unternehmergeist haben Deutschland stark gemacht“, erklärte sie. Wirtschaftswachstum bekämen wir erst, wenn wir Wettbewerbsfähigkeit, Freiraum für Unternehmertum und Innovationsmut zurückgewinnen. Connemann skizzierte klar die Ziele der MIT, unter anderem: „Wir kämpfen und wir werden immer kämpfen gegen jede Form der Substanzbesteuerung.“

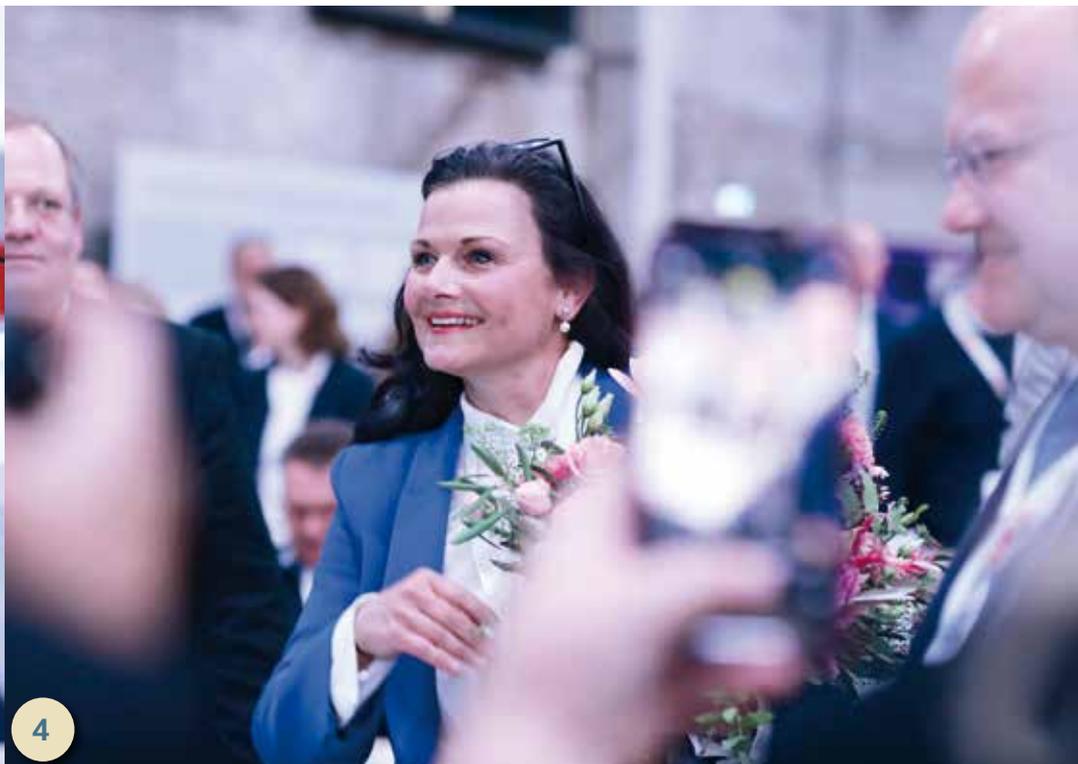
Das wirtschaftliche Gewissen der Union
Mit Blick auf die rund 500 Delegierten im Saal bilanzierte Connemann: „Hier schlägt heute das Herz unserer Wirtschaft.“ Sie betonte auch, wie die MIT seit den jüngsten Bundestagswahlen an politischem Einfluss gewonnen hat –



2



3



4



5



6



7



8

1. Bundeskanzler Friedrich Merz zu den rund 500 Delegierten: „Packen wir es an!“
2. Wohlstand für alle: Kanzler Merz betrachtet die von Ottmar Hörl gestaltete Statue seines Vorgängers
3. NRW-Landesvorsitzende Angie Erwin
4. Die wiedergewählte Bundesvorsitzende empfängt Glückwünsche
5. Ministerpräsident Hendrik Wüst lobt den Mut zur Debatte
6. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Sebastian Brehm
7. Leitantrag, Satzungsänderungen und über 130 Sachanträge galt es zu diskutieren
8. Die Sprecherin des PKM Europe, Marion Walsmann, gab einen Einblick über die aktuelle Arbeit in Brüssel
9. Mittelstand wirkt! – Applaus für Gitta Connemann nach ihrer Bestätigung im Amt



9



schließlich sind 85 Prozent der Unions-Bundesminister und -Bundesministerinnen und alle Parlamentarischen Staatssekretäre von CDU und CSU Mitglied in unserer Vereinigung. Dazu Connemann: „So viel MIT wie heute war noch nie – inhaltlich und personell. Die MIT ist das wirtschaftliche Gewissen der Union.“

Die Delegierten belohnten Gitta Connemanns Arbeit mit einer deutlichen Mehrheit bei ihrer Wiederwahl: Auch in den kommenden zwei Jahren wird die Mittelstandsbeauftragte unsere Bundesvorsitzende bleiben.

Eine Erhard-Statue für Friedrich Merz

Zu den ersten Gratulanten gehörte Bundeskanzler Friedrich Merz, dessen klare Ansagen vom Saal mit Riesen-Beifall bedacht wurden: „Wir stehen in der Verantwortung vor der jungen Generation und deshalb haben wir ein klares Ziel: Deutschland wieder an die Spitze der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa und in der Welt zu bringen.“ Merz rief zu Optimismus auf, als er sagte: „Das Glas ist nicht halb leer, es ist halb voll. Wir füllen es mit Zuversicht, Mut und der Kraft unseres Mittelstands. Packen wir es an – für ein Deutschland, das auch morgen in Freiheit, Frieden und Wohlstand lebt.“ Als Gastgeschenk erhielt der Bundeskanzler eine Statue seines Amtsvorgängers Ludwig Erhard, des Vaters der Sozialen Marktwirtschaft.

Wir brauchen Technologieoffenheit

Ministerpräsident Hendrik Wüst unterbrach für seine Rede bei der MIT den

Kommunalwahlkampf in NRW. Er lobte unsere Vereinigung, denn: „Ihr scheut keine Debatte, und das ist noch nie so wichtig wie heute.“ Auch wirtschaftspolitisch fand er klare Worte: „Wir müssen weiterhin den Anspruch haben, die Besten zu sein. Dafür brauchen wir Technologieoffenheit.“

JU-Chef Johannes Winkel befasste sich ebenfalls mit diesem aktuellen Thema: „Kein Land der Welt würde auf die Idee kommen, zu sagen, wir verbieten eine Technik, bei der wir führend sind.“ Daher forderte er: „Wir brauchen dringend das Aus vom Verbrenneraus, sonst ist hier bald Feierabend in Deutschland.“

Tempo beim Bürgergeld

Der CDA-Bundesvorsitzende Dennis Radtke betonte den Zusammenhalt unter den Vereinigungen der Union: „MIT und CDA dürfen sich nicht auseinanderdividieren lassen!“. Und der CDU-Mitgliederbeauftragte Philipp Amthor verlangte Tempo in der Sozialpolitik: „Das Bürgergeld muss noch in diesem Jahr reformiert werden. Wer arbeiten kann, soll auch arbeiten gehen.“

In unserem Leitbeschluss fordert die MIT unter anderem echte Technologieoffenheit, das Vorziehen der steuerlichen Entlastung von Unternehmen und eine Obergrenze für die Staatsquote – den ganzen Beschluss finden Sie hier:



1. Holger Bormann (LV Niedersachsen) blickt über seine Tischwahlkabine
2. CDU-Mitgliederbeauftragter Philipp Amthor
3. JU-Chef Johannes Winkel neben dem ehemaligen MIT-Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben
4. Der scheidende MIT-Hauptgeschäftsführer Fabian Wendenburg dankte Gitta Connemann und der gesamten MIT für die spannende Arbeit in den letzten Jahren
5. Bei vielen Themen stehen MIT und CDA Seite an Seite: Dennis Radtke forderte mehr Tempo beim Bürgergeld
6. Videogrüße aus dem KAH: CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann
7. Im Amt bestätigt: Bundesschatzmeister Michael Littig
8. Reiner Holznagel, Präsident Bund der Steuerzahler
9. Auszeichnung der MIT Cloppenburg, gemeinsam durch Mitgliederbeauftragte von MIT und CDU
10. Auch die MU Regensburg-Stadt wurde für ihr Mitgliederwachstum ausgezeichnet
11. Tagungspräsident Marco Reuter im Gespräch mit Kollegin Angie Erwin
12. Marie-Christine von Hahn, Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI)
13. Stefan Genth (Handelsverband Deutschland) und Achim Dercks (DIHK) mit CDU-Bundesgeschäftsführer Philipp Birkenmaier
14. Beisitzerin im Bundesvorstand und juMIT-Initiatorin Sandra Schull aus Bremen
15. Die stellvertretenden Bundesvorsitzenden: Ruth Baumann, Matthias Heider, Jana Schimke, Dorin Müthel-Brencke und Christoph Fay
16. Gruppenbild mit Ludwig Erhard: Der soeben konstituierte MIT-Bundesvorstand







Ordnungspolitik im Gesundheitswesen

Warum die MIT klare Regeln in der ambulanten Versorgung fordert

In der ambulanten Versorgung spielen Medizinische Versorgungszentren (MVZ) eine immer größere Rolle. MVZ bündeln Ärztinnen und Ärzte verschiedener Fachrichtungen unter einem organisatorischen Dach und sind Vertragspartner der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Von so genannten investorenbetriebenen MVZ (iMVZ) spricht man, wenn Kapitalinvestoren über Trägergesellschaften beteiligt sind. Befürworter sehen darin Chancen für moderne Strukturen und Investitionen, Kritiker warnen vor Kommerzialisierung und renditegetriebenen Entscheidungen zulasten der Patientinnen und Patienten.

Das Thema bewegt auch die neue Bundesregierung. CDU, CSU und SPD haben es im Koalitionsvertrag festgehalten: „Wir erlassen ein Gesetz zur Regulierung investorenbetriebener Medizinischer Versorgungszentren (iMVZ-Regulierungsgesetz), das Transparenz über die Eigentümerstruktur sowie die systemgerechte Verwendung der Beitragsmittel sicherstellt.“ – Ein kurzer Satz mit





weitreichender Bedeutung. Denn längst ist klar: Das Thema ist kein Randphänomen mehr, sondern entscheidend für die Zukunft der ambulanten Versorgung. Der MIT-Bundesvorstand hat dazu bereits 2023 in einem umfassenden Beschluss Stellung bezogen – mit dem Titel: „Gesundheit in Deutschland: Zukunft der ambulanten Versorgung – Fremdkapital und Kontrolle“.

Die MIT bekennt sich darin zur freiberuflichen, mittelständischen und gemeinwohlorientierten Struktur in der ambulanten Versorgung. Dabei wird nicht grundsätzlich in Frage gestellt, dass auch kapitalgestützte Versorgungsformen wie Medizinische Versorgungszentren (MVZ) ihren Platz im System haben. Im Gegenteil: Die MIT erkennt an, dass MVZ zu einer modernen Versorgungslandschaft beitragen können – wenn klare Regeln gelten. Die MIT spricht sich für ergänzende sozial- und berufsrechtliche Regelungen aus, mit denen eine qualitätsorientierte, nachhaltige und flächendeckende Gesundheitsversorgung im Sinne der Patientinnen und Patienten sowie der Unternehmen sichergestellt werden kann, ohne dass in Zeiten immer knapper werdender öffentlicher Ressourcen Fremdkapital von der Versorgung gänzlich ausgeschlossen wird.

Klare Eigentümerstrukturen

Der MIT-Beschluss fordert mit Nachdruck vollständige Transparenz über Eigentumsverhältnisse von MVZ, insbesondere bei investorengetragenen Konstruktionen. Patientinnen und Patienten, Ärztinnen und Ärzte sowie die Gesellschaft insgesamt müssen nachvollziehen können, wer tatsächlich die Kontrolle über medizinische Einrichtungen ausübt. Die MIT sieht hierin eine Voraussetzung dafür, Fehlentwicklungen wie renditeorientierte Leistungsauswahl, Monopolisierung in lukrativen Regionen und Anonymisierung ärztlicher Verantwortung zu vermeiden. Die Transparenzforderung der MIT deckt sich inhaltlich mit den Positionen der Bundesärztekammer, die ein ähnliches Regelwerk vorschlägt und ein Verbot von Gewinnabführungsverträgen fordert.

Ein zentrales Anliegen der MIT-Position ist es, die medizinische Entscheidungsfreiheit zu bewahren – unabhängig davon, ob die behandelnden Ärztinnen und Ärzte angestellt oder niedergelassen tätig sind. Die ärztliche Therapie darf nicht von Renditevorgaben internationaler Finanzinvestoren abhängig gemacht werden. Deshalb spricht sich die MIT für gesetzliche Regelungen aus, die ökonomische Einflussnahme auf ärztliche Entscheidungen ausschließen. Dazu gehört etwa, dass Leistungsspektren nicht allein nach Rentabilitätskriterien zusammengestellt werden dürfen – eine Sorge, die auch der Deutsche Ärztetag ausdrücklich teilt.

„Eine gute Gesundheitsversorgung ist ein zentraler Standortfaktor. iMVZ können im ländlichen Raum Versorgungslücken schließen, moderne Technik bringen und neue Konzepte ermöglichen. Gleichzeitig müssen wir Fehlanreize und Rosinenpicken verhindern. Transparenz, fachliche Nähe und ärztliche Unabhängigkeit sichern, dass iMVZs die Versorgung stärken.“

„Aus kommunaler Sicht können iMVZ zur Erhaltung der medizinischen Versorgung vor Ort beitragen. Gerade in ländlichen Regionen erleben wir einen zunehmenden Mangel an (Haus-) Ärzten, was die Standortattraktivität mindert. Wichtig ist, dass die Gesellschafter- und Inhaberstrukturen transparent sind und medizinische Tätigkeiten ohne Einfluss von Investoren durchgeführt werden können.“

Marc Elxnat, Beigeordneter für Recht, Gesundheit, Bildung, Soziales, Kultur und Sport beim „Deutschen Städte- und Gemeindebund“



Regionale Versorgung stärken

Der MIT-Beschluss warnt eindringlich vor einer Entwicklung, in der sich iMVZ auf wenige wirtschaftlich lukrative Regionen konzentrieren, während in anderen Teilen des Landes die flächendeckende Versorgung ausgedünnt wird. Besonders im ländlichen Raum droht eine Erosion bewährter Versorgungsstrukturen, wenn dort tätige mittelständische Praxen durch iMVZ verdrängt oder aufgekauft werden, ohne echte Versorgungssicherheit zu bieten. Die MIT fordert deshalb regulatorische Maßnahmen gegen regionale oder fachliche Konzentrationsprozesse. Die Versorgung muss vor Ort verwurzelt bleiben.

Ein weiterer Kernpunkt des Beschlusses ist der Schutz der gesetzlich Versicherten: Beitragsmittel aus dem Solidarsystem dürfen nicht in internationale Kapitalmärkte abfließen, sondern müssen in die Versorgung zurückfließen. Die MIT fordert daher eine klare Zweckbindung der Mittel und Transparenz über deren Verwendung – ein Anliegen, das auch der Koalitionsvertrag ausdrücklich aufgreift. Die GKV-Versichertengemeinschaft darf nicht zur Renditequelle von Shareholdern werden. Auch der GKV-Spitzenverband äußerte bereits 2023, dass eine klare Abgrenzung zwischen kooperativer MVZ-Versorgung und renditegetriebenen Strukturen notwendig sei.

Mittelstand stärken – nicht aus dem Markt drängen

Nicht zuletzt hebt der MIT-Beschluss hervor, dass der Gesetzgeber dafür sorgen muss, faire Wettbewerbsbedingungen für mittelständische Praxisstrukturen zu garantieren. Ärztinnen und Ärzte, die sich im ländlichen Raum niederlassen oder eine bestehende Praxis übernehmen wollen, dürfen gegenüber kapitalkräftigen MVZ-Ketten nicht strukturell benachteiligt werden. Die MIT fordert daher gezielte Unterstützung für Praxisgründungen, Übergabemodelle und den Erhalt inhabergeführter Einrichtungen. Dies steht nicht im Widerspruch zu Investitionen, sondern sichert Vielfalt und Stabilität in der Versorgung. Auch der GKV-Spitzenverband betont, dass junge Ärztinnen und Ärzte flexible Modelle brauchen – aber unter fairen Bedingungen.

Juristische Fundierung – keine bloße Symbolpolitik

Kritik an einem möglichen iMVZ-Regulierungsgesetz kommt vom Bundesverband Medizinischer Versorgungszentren (BMVZ). Dieser warnt vor ju-

ristisch unsauberer Definitionen und einer „sprachlichen Täuschung“, wenn allein investorenbetriebene MVZ geregelt würden, ohne rechtlich klare Abgrenzung. Die MIT nimmt diese Einwände ernst – hält jedoch an der Forderung fest, dass gesetzliche Vorgaben sowohl rechtssicher als auch wirksam sein müssen. Symbolpolitik ohne strukturelle Wirkung wird das Problem nicht lösen. Ziel ist ein handhabbares Gesetz, das Trägerverantwortung klar regelt und für alle Marktakteure Verlässlichkeit schafft.

Ordnungspolitik im Dienste der Versorgung

Der Vorschlag der MIT bietet einen klaren Kompass für die anstehende Gesetzgebung: Kein Generalverdacht gegen MVZ, aber klare Spielregeln für Kapitalinvestitionen im Gesundheitswesen. Die

Forderungen nach Transparenz, Kontrolle, Schutz der Beitragsmittel und Stärkung des Mittelstands sind nicht nur berechtigt, sondern überfällig. Das angekündigte iMVZ-Regulierungsgesetz ist eine Chance – wenn es nicht nur Symptombekämpfung betreibt, sondern strukturelle Verantwortung schafft.

Die MIT hat ihre Position klar formuliert. Jetzt ist der Gesetzgeber gefordert, daraus ein wirksames Gesetz zu machen – im Interesse der Patientinnen und Patienten, der ärztlichen Freiberuflichkeit und eines vielfältigen, mittelständisch geprägten Gesundheitswesens in Deutschland. ●



Bastian Pophal
Designerer MIT-Hauptgeschäftsführer
pophal@mit-bund.de

Anzeige

MUSS MAN NICHT VERSTEHEN.



FREI ZEIT

SELTENE
BRIEFMARKEN
SAMMELN



Warum nachhaltige Staatsfinanzen unverzichtbar bleiben

In diesem Herbst steht die Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler bei 2,5 Billionen Euro – pro Bürger rund 30.000 Euro. Das ist eine gewaltige Hypothek auf die Zukunft. Ein Plädoyer für Haushaltsdisziplin – und die richtigen Prioritäten

Staatsschulden sind der Stoff für politische Dramen. Die Geschichte zeigt: Überlastete Staatshaushalte können politische Systeme ins Wanken bringen. Ohne Staatsverschuldung hätte 1789 in Frankreich wohl keine Revolution stattgefunden. In der Weimarer Republik waren Staatsschulden Auslöser fataler gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen. Überschuldung erzeugte im Südamerika der 1980er-Jahren in mehreren Staaten Instabilität und brachte Militärdiktaturen an die Macht. Vor nur 15 Jahren führte die exorbitante Staatsverschuldung in Griechenland nicht nur zum Vertrauensverlust der Finanzmärkte und zu politischer Polarisierung und brachte die EU an den Rand der Existenz.

Soziale Marktwirtschaft und Staatsverschuldung

Nicht umsonst also sind Staatsschulden zentrales Thema in der ordnungspolitischen Theorie, der theoretischen Grundlage unserer Sozialen Marktwirtschaft. „Ein geordneter Staatshaushalt, der ohne dauernde Zuflucht zur Verschuldung auskommt, ist eine wesentliche Voraussetzung für die Freiheit der Wirtschaft“, schrieb Walter Eucken, einer der geistigen Väter unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung im Jahr 1952. Ludwig Erhard, der politische Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft und früher Förderer der MIT, warnte vor übermäßiger

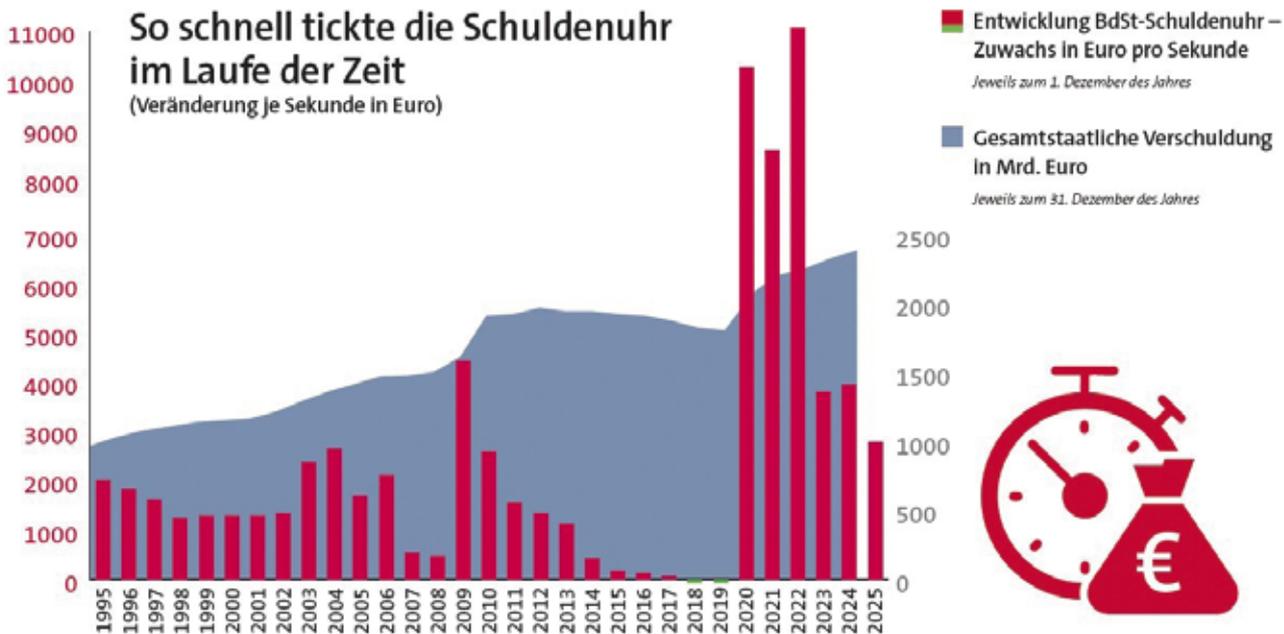
„Die Schuldenuhr reagiert – und zwar mit einem massiv schnelleren Tempo.“

Reiner Holznagel,
Präsident Bund der Steuerzahler
Deutschland e.V. (BdSt)



Schuldenaufnahme. Haushaltsdisziplin ist nicht nur der zentrale Pfeiler einer erfolgreichen Sozialen Marktwirtschaft, sondern auch Bedingung unserer freiheitlichen Ordnung.

Die Lehre aus Geschichte und Theorie lautet: Schuldenfinanzierung kann Märkte verzerren, die Inflation treiben und ganze Staaten destabilisieren. Sie treibt Zinslasten von Staaten in die Höhe und ist eine Bürde für kommende Generationen. Die Union hat genau diese Lehren von Tag eins an verinnerlicht. Die Vermeidung dieser Risiken ist tief verankert in der DNA der Unionsparteien, vom Ahlener Programm 1947 bis zum aktuellen Grundsatzprogramm. Die MIT hat stets für ordnungspolitische Klarheit und nachhaltige Staatsfinanzen gekämpft.



Gründe für die Aufnahme von Schulden

Allerdings gibt es durchaus Gründe für Schuldenfinanzierung. Schulden als Instrument zur Beeinflussung von Konjunkturzyklen werden traditionell eher links propagiert. Doch besonders Konsumausgaben auf Pump sind gefährlich! Schließlich müssen die Schulden früher oder später vom Staat zurückgezahlt werden – und das belastet spätestens dann die Konjunktur. Der beabsichtigte Aufschwung war dann teuer erkaufte. Sinnvoller sind schuldenfinanzierte Investitionen, die nicht nur ein konjunkturelles Strohfeuer entfachen, sondern die Volkswirtschaft auf einen höheren Wachstumspfad führen.

Ein weiterer Grund für Staatsschulden ist das Auftreten unvorhersehbarer Ereignisse wie die Finanzkrise ab 2008, die Corona-Pandemie oder geopolitische Entwicklungen. Dazu gehören der Angriff Russlands auf die Ukraine und die Forderungen der USA nach mehr Verantwortungsübernahme Deutschlands und Europas. Schließlich bedroht das Putin-Regime nicht nur die Ukraine, sondern führt einen hybriden Krieg gegen den Westen.

Unabhängig von den Gründen für Schulden müssen feste Kriterien die Nachhaltigkeit der Fiskalpolitik absi-

chern. So muss erstens eine volkswirtschaftlich sinnvolle Höchstgrenze für Schulden definiert sein. Zweitens muss die Schuldenaufnahme festen Regeln folgen. Drittens kommt es auch darauf an, dass die Mittel investiert und nicht konsumiert werden.

Höhe der Verschuldung: internationaler Vergleich

Im internationalen Vergleich ist der Schuldenstand in Deutschland in ei-

nem akzeptablen Bereich. Im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung (BIP) liegt er bei rund 63 Prozent (2025). Damit liegen die Schulden zwar leicht über den EU-Vorgaben (Maastricht-Kriterien), aber deutlich unter hoch verschuldeten Staaten wie Japan (rd. 250 Prozent), Griechenland (rd. 148 Prozent), Italien (rd. 141 Prozent) oder den USA (127 Prozent) wie auch unter dem globalen Durchschnitt (rd. 95 Prozent).

Trotzdem sind unsere Staatsschulden eine gewaltige Hypothek auf die Zukunft. Im Herbst 2025 steht die bekannte „Schuldenuhr“ des Bundes der Steuerzahler auf 2,5 Billionen Euro – pro Bürger rund 30.000 Euro. Damit kommen rechnerisch in Deutschland zu jedem privaten Schulden-Euro zwei zusätzliche Staats-Schulden-Euro. Verbunden mit der Schuldenlast sind es natürlich Zinszahlungen, die von Jahr zu Jahr schwerer auf den öffentlichen Haushalten lasten. Der Löwenanteil der Staatsverschuldung ist mit 70 Prozent beim Bund verortet.

Spielregeln für finanzielle Nachhaltigkeit

Fiskalische Nachhaltigkeit ist seit Jahrzehnten ein Schwerpunktthema der Mittelstands- und Wirtschaftsunion, aber auch christdemokratischer Politik insgesamt. So etwa beim Aufbau des

Peter Leibinger, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI)





Ludwig Erhard,
Vater der Sozialen
Marktwirtschaft

„Die öffentliche Hand darf sich nicht daran gewöhnen, mit der Kreditaufnahme dauernd zu wirtschaften. Das wäre eine verhängnisvolle Entwicklung, die unsere freiheitliche Ordnung gefährdet.“

„europäischen Hauses“. Die CDU-geführte Bundesregierung unter Helmut Kohl und Finanzminister Theo Waigel war die treibende Kraft hinter dem Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP bzw. „Maastricht-Kriterien“) der EU. Für Kohl und Waigel war klar: Ohne Schutz gegen überbordende Staatsschulden kann das Projekt der EU nicht gelingen. Spätestens die Finanzkrise ab 2008 hat gezeigt, dass diese Regeln nicht nur politische Kraft und Beharrlichkeit erfordern, sondern überlebenswichtig für die EU sind.

Ebenfalls durch Anstrengung der Union ist auch auf Bundesebene seit 2009 eine Schuldenbremse im Grundgesetz verankert worden (Art. 109 und 115 GG). Sie hat, so der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzministerium, spürbar zur Schulden-Trendwende nach 2010 beigetragen. Ihre Wirkung zeigt sich auch im internationalen Vergleich: Deutschland konnte die Schuldenquote senken, während viele G7-Partner sich weiter verschuldeten. Die CDU war maßgeblicher Treiber dieser Verfassungsänderung und hat damit, ebenso wie früher beim Maastricht-Vertrag, an ihre ordoliberalen Tradition angeknüpft.

Investition in die Zukunft: Sondervermögen Infrastruktur

Entscheidend zur Beurteilung öffentlicher Schuldenaufnahme ist, ob diese für Konsumzwecke oder für Investitionen in die Zukunft verwendet werden. Die heutige Zeit erfordert massive Investitionen in Sicherheit und Verteidigung, aber auch in die Sanierung maroder Infrastruktur. Ohne diese Investitionen ist wirtschaftliche Dynamik nicht möglich. Das Anlagevermögen ist in Deutschland von 2000 bis 2020 zwar angestiegen – allerdings im Schnecken-tempo, und seitdem nimmt es sogar ab. Ob Verkehr, Energieinfrastruktur, Forschung oder Digitalisierung – Deutschland lebt nur noch von seiner Substanz.

Um derzeit drängende Investitionen schnell umsetzen zu können, haben Bundestag und Bundesrat am 18. März 2025 das Grundgesetz geändert, um ein Sondervermögen in Höhe von 500 Mrd. Euro „für zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur und für zusätzliche Investitionen zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2045“ einzurichten.

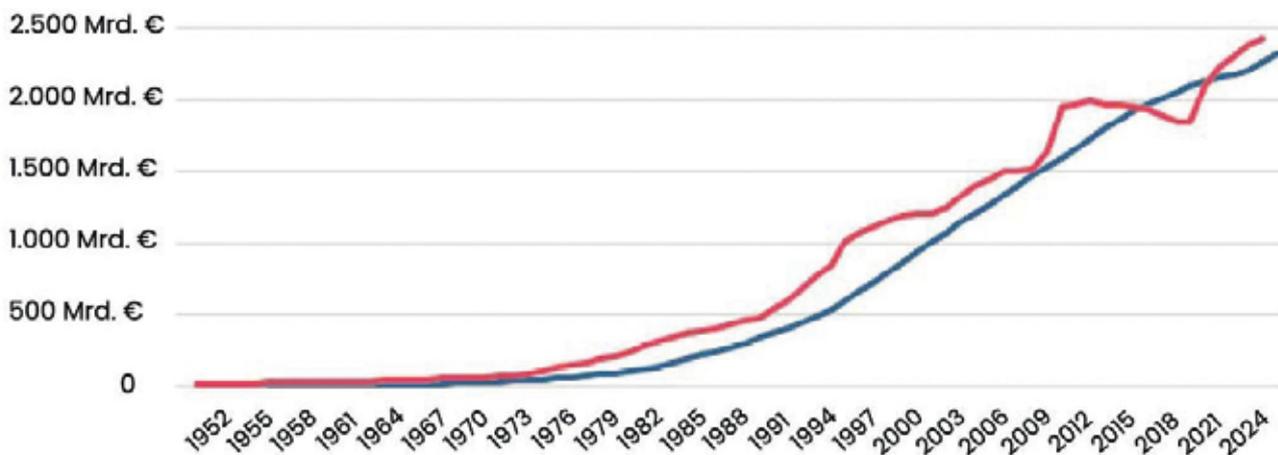
Nachdem die Entscheidung zur Aufnahme der Schulden gefallen ist, geht es für die MIT um die möglichst effiziente Umsetzung – gerade im Interesse des Mittelstands. Ordnungspolitische Maßstäbe müssen eingehalten werden, das Geld darf nicht in den Konsum gehen. Und es muss so verwendet werden, dass zusätzlich möglichst viel privates

Kapital mobilisiert wird. In einem umfangreichen Papier („Sondervermögen Infrastruktur in der Umsetzung“) hat die Mittelstands- und Wirtschaftsunion unter Federführung von Dr. Klaus Wiener MdB, Vorsitzender der MIT-Kommission Wirtschaft/Innovation/Forschung Bildung, klare Leitlinien formuliert zum Einsatz der staatlichen Mittel. Die Notwendigkeit von Investitionen zur Behebung von strukturellen Schwächen am Standort Deutschland ist auch ein wichtiges Anliegen der deutschen Industrie, so BDI-Präsident Peter Leibinger: „Die durch Schulden finanzierten Investitionen müssen dazu beitragen, die strukturellen Schwächen des Standorts Deutschland zu beheben.“

Reform der Schuldenbremse

Die MIT setzt sich seit jeher für nachhaltige Staatsfinanzen ein und verteidigt konsequent die Wirksamkeit der Schuldenbremse. Allerdings machen die globalen Entwicklungen Anpassungen an die herrschenden Bedingungen notwendig. Im Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung festgelegt, eine Expertenkommission zur Reform der Schuldenbremse einzusetzen. Das vorgesehene Gesetzgebungsverfahren soll bis Ende 2025 abgeschlossen sein. Die MIT wird diesen Prozess begleiten und weiter auf ein Maximum an fiskalischer Nachhaltigkeit hinwirken. Klar ist und bleibt: Staatsschulden müssen in der Höhe begrenzt bleiben, eng reguliert sein und investiv verwendet werden.

● Zinsausgaben am Kreditmarkt kumuliert ● Kreditmarktschulden/Wertpapierschulden und Kredite



Gleichzeitig sind die äußeren Entwicklungen und die neuen Sondervermögen eine Mahnung an die Politik, notwendige Schritte in der Haushaltspolitik zu gehen. Es gibt große Spielräume im Haushalt. Noch nie vereinnahmten alle staatlichen Ebenen gemeinsam mehr als jetzt, nämlich fast 1 Billion Euro. Klar ist: Deutschland hat ein Ausgabenproblem. Wichtig ist jetzt vor allem, Ausgaben zu priorisieren, um künftig Mittel aus dem Haushalt freizusetzen. Es müssen die Weichen so gestellt werden, dass die Aufnahme neuer Schulden eine Ausnahme bleibt: „Die öffentliche Hand darf sich nicht daran gewöhnen, mit der Kreditaufnahme dauernd zu wirtschaften. Das wäre eine verhängnisvolle Entwicklung, die unsere freiheitliche Ordnung gefährdet“, mahnte schon Ludwig Erhard.

Finanzielle Nachhaltigkeit: Herausforderung dieser Legislaturperiode

Die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen ist keine akademische Disziplin, sondern ein Balanceakt, der ein hohes Maß an Staatskunst einfordert. Noch ist Deutschland solide aufgestellt, auch im internationalen Vergleich. Doch die großen Herausforderungen durch Demografie und geopolitische Veränderungen verpflichten die Regierung zu einer durchdachten Haushaltspolitik, die gleichermaßen notwendige Investitionen als auch fiskalische Nachhaltigkeit sicherstellt. Ideologie hilft hier nicht weiter, sondern das Setzen der richtigen Prioritäten, Haushaltsdisziplin sowie die Ausgestaltung und Umsetzung kluger Haushaltsregeln wie etwa der Schuldenbremse. ●



Dr. Christoph Sprich
Referent für Wirtschaft
und Steuern
sprich@mit-bund.de

„Entscheidend für den Erfolg des Sondervermögens wird es sein, die Mittel rein investiv und zusätzlich zu verausgaben, um so möglichst weite Teile des öffentlichen Kapitalstocks zu erneuern. Der Staat muss hier als Initiator agieren. Für eine umfassende und nachhaltige Modernisierung unserer Infrastruktur braucht es aber zusätzlich finanzielle Mittel aus dem Privatsektor.“

*Dr. Klaus Wiener MdB,
Vorsitzender der MIT-Kommission
Wirtschaft/Innovation/
Forschung Bildung*



„Deutschland braucht Mut zu weiteren strukturellen Reformen“

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche spricht im Interview mit Chefredakteur Fabian Wendenburg über ihren Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit, die Rolle von Praxischecks – und warum wir einen Kulturwandel brauchen

Fabian Wendenburg: Zunächst herzlichen Glückwunsch zu Ihrem neuen Amt. Kommen wir gleich zur wichtigsten Frage für unsere Mitglieder: Was haben Sie seit dem Start der Bundesregierung für den Mittelstand konkret auf den Weg gebracht? Und wie können Sie künftig Handwerk, Freie Berufe und Handel am Standort weiter unterstützen?

Katherina Reiche: Mittelstand, Handwerk, Freie Berufe und Handel sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Über 99 Prozent aller Unternehmen in Deutschland sind kleine und mittlere Betriebe. Nur wenn sie erfolgreich sind, wird unsere Volkswirtschaft wieder einen Wachstumspfad erreichen. Dafür muss Deutschland wieder wettbewerbsfähig werden. Kleine und mittelständische Unternehmen leiden unter übermäßiger Bürokratie, einer hohen Steuer- und Abgabenlast sowie gestiegenen Energiepreisen. Erste Entlastungen haben wir bereits auf den Weg gebracht: Dazu gehören die Ausweitung der degressiven Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen sowie die erste Senkung der Unternehmenssteuern seit fast 20 Jahren – über die Thesaurierungsbegünstigung profitieren insbesondere auch Perso-

nengesellschaften im Mittelstand. Zudem entlasten wir gezielt bei den Energiekosten: Wir schaffen die Gasspeicherumlage ab und senken die Strompreise. Das reicht aber noch nicht aus. Deutschland braucht Mut zu weiteren strukturellen Reformen.

Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum sind die Leitplanken für die Wirtschaftspolitik dieser Bundesregierung. Zugleich sind sich Ökonomen einig, dass neues Wachstum – anders als in der Vergangenheit – nicht durch Impulse vom Export und dem Außenhandel kommen wird. Welche Weichen können und werden Sie im Land selbst stellen?

Deutschland muss aus eigener Kraft zum Wachstum zurückfinden. Die aktuelle Wachstumsschwäche ist größtenteils hausgemacht – und wir können sie nur durch entschlossenes politisches Handeln überwinden. Unser Fokus liegt deshalb klar auf der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Für den Mittelstand ist insbesondere der Abbau von Bürokratie entscheidend. Überbordende Vorgaben bremsen Innovation, Investitionen und Beschäftigung. Unser Ziel ist es, die Bürokratiekosten für die Wirtschaft um 25 Prozent zu senken. Mit den sogenann-



Katherina Reiche, Jahrgang 1973, stammt aus Luckenwalde/Brandenburg. Nach einem Studium der Chemie arbeitete sie 1997/98 als Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Potsdam. Von 1998 bis 2015 war Katherina Reiche Mitglied des Deutschen Bundestages: 2005 bis 2009 wirkte sie als Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 2009 bis 2013 arbeitete sie als Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und von 2013 bis 2015 war sie Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur. 2015 wechselte Katherina Reiche in die Wirtschaft: Bis 2015 arbeitete sie als Hauptgeschäftsführerin und Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Verbandes kommunaler Unternehmen e.V. (VKU). Von 2020 bis 2025 war sie die Vorstandsvorsitzende der Westenergie AG. Seit dem 6. Mai 2025 ist Katherina Reiche Bundesministerin für Wirtschaft und Energie.



ten PraxiscHECKS überprüfen wir gemeinsam mit Unternehmen und Verwaltungen bestehende Prozesse – und beseitigen unnötige Hürden. Im Gastgewerbe konnten wir so bereits spürbare Verbesserungen erzielen. Klar ist aber auch: Es braucht einen Kulturwandel. Statt ständig neuer Dokumentationspflichten brauchen wir eine stärkere Fokussierung auf nachgelagerte Kontrollen. Wir müssen wieder bereit sein, Risiken einzugehen – und dürfen Innovationen nicht durch Überregulierung im Keim ersticken, bevor sie richtig entstehen können.

„Respekt und Dialogfähigkeit sind Grundvoraussetzungen für eine funktionierende Demokratie.“

Sie haben das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie als ordnungspolitisches Gewissen der Bundesregierung bezeichnet. Welche Vorhaben aus anderen Ministerien begleiten Sie besonders eng, um den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zur Durchsetzung zu verhelfen?

Um Wachstumskräfte zu revitalisieren und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, braucht es entschlossene Reformen im Geiste der Sozialen Marktwirtschaft. Der Staat muss den rechtlichen Rahmen setzen, innerhalb dessen wirtschaftliches Handeln möglich ist – nicht jedes Detail regeln wollen. Mein Ministerium arbei-

tet konsequent daran und achtet darauf, Verwaltungsverfahren zu vereinfachen und zusätzliche Belastungen nicht nur zu vermeiden, sondern aktiv abzubauen. Eine zentrale Herausforderung sind die stark steigenden Kosten der sozialen Sicherungssysteme. Diese treiben die Lohnnebenkosten immer weiter in die Höhe. Schätzungen zufolge könnten sie bis 2035 von derzeit 42 auf nahezu 50 Prozent steigen. Diese Entwicklung gefährdet insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands.

Sie haben kürzlich das Erreichen der nationalen Klimaschutzziele in Frage gestellt, also die Klimaneutralität bis 2045. Wie begründen Sie dies, und müssen die Klimaziele an das europäische Niveau angepasst werden?

Erlauben Sie mir, Ihre Frage einzuordnen: Die Klimaziele gelten – sie sind im Koalitionsvertrag klar verankert. Gleichzeitig ist das Ziel, bis 2045 klimaneutral zu werden, für ein Industrieland wie Deutschland eine immense Herausforderung – das bestreitet auch niemand, der sich ernsthaft mit der Materie auseinandersetzt. Wir

„Statt ständig neuer Dokumentationspflichten brauchen wir eine stärkere Fokussierung auf nachgelagerte Kontrollen.“

müssen deshalb auf technologischen Fortschritt setzen und technologieoffen bleiben. Innovation wird ein zentraler Treiber der Transformation sein.

Der Zoll-Deal der EU mit der US-Regierung hat eine Eskalation verhindert, wird die deutsche Wirtschaft aber weiter belasten. Was können Sie tun, um den regelbasierten Freihandel zu stärken und auch die Unternehmen bei der Diversifizierung ihrer Märkte zu unterstützen?

Die deutsche und die US-amerikanische Wirtschaft sind eng miteinander verflochten. Für unsere exportorientierten Unternehmen – gerade auch den Mittelstand – sind stabile und faire Handelsbeziehungen von zentraler Bedeutung. Die einseitigen Zölle treffen unsere Unternehmen hart – insbesondere, wenn sie wie die meisten Mittelständler ohne eigene Standorte im Ausland agieren. Daher setzen wir uns weiterhin entschlossen für freien und regelbasierten Handel ein. Der jüngste Zollkonflikt mit den USA hat gezeigt, wie wichtig ein breites und diversifiziertes Handelsnetz ist. Es ist ein wichtiger Schritt, dass die EU-Kommission jetzt den Ratifizierungsprozess für das EU-MERCOSUR-Abkommen gestartet hat. Damit entsteht die weltweit größte Freihandelszone mit rund 700 Millionen Menschen – eine enorme Chance für unsere Unternehmen. Wir unterstützen die Kommission auch bei der Verhandlung weiterer Freihandelsabkommen – etwa mit Indien, Indonesien und Malaysia.

Deutschland hat immer noch viele Gründungen, aber das Wachstum findet oft im Ausland statt. Wie wird die Bundesregierung den deutschen Wagniskapitalmarkt für Start-ups und Scale-ups stärken?

Start-ups entwickeln neue Technologien, erschließen innovative Märkte und stärken unseren Wirtschaftsstandort. Gleich zu Beginn meiner Amtszeit habe ich deshalb eine umfassende Start-up- und Scale-up-Strategie auf den Weg gebracht. Unser Ziel: Deutschland soll international als attraktiver Standort für unternehmerische Innovation und Wachstum wahrgenommen werden. Eine zentrale Rolle spielt dabei der Zugang zu Kapital. Wir verbessern die Rahmenbedingungen für private Investitionen und setzen gezielt öffentliche Mittel ein, um privates Eigen- und Wagniskapital zu mobilisieren. Der Zukunftsfonds

„Das Ziel, bis 2045 klimaneutral zu werden, ist für ein Industrieland wie Deutschland eine immense Herausforderung.“

ist hierfür unser zentrales Instrument. Mit dem Deutschlandfonds schließen wir gezielt Finanzierungslücken – insbesondere für wachstumsorientierte mittelständische Start-ups und Scale-ups. Gleichzeitig setzen wir uns auf europäischer Ebene für eine echte Kapitalmarktunion ein. Denn die Fragmentierung in 27 Einzelmärkte behindert die Kapitalmobilisierung in Europa erheblich.

Sie waren zehn Jahre außerhalb der Politik tätig. Was hat Sie seit Ihrer Rückkehr am meisten überrascht, was hat sich seit Ihrem Wechsel in die Wirtschaft am meisten verändert?

Die gesellschaftlichen Debatten – besonders in den sozialen Medien – sind zunehmend aufgeheizt. Wir brauchen wieder mehr Geduld im Umgang miteinander, die Bereitschaft zuzuhören und die Fähigkeit, unterschiedliche Meinungen auszuhalten. Respekt und Dialogfähigkeit sind Grundvoraussetzungen für eine funktionierende Demokratie. ●

Impressum

Herausgeber:

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), vertreten durch die Bundesvorsitzende Gitta Connemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Fabian Wendenburg

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:

Fabian Wendenburg

Chefin vom Dienst:

Dr. Juliane Berndt

Redaktion:

Bastian Pophal
Dr. Christoph Sprich

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2
53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubg365.de
www.ubg365.de
Geschäftsführer: Jonathan Schreyer, Frank Stuch
Projektleitung:
Sonja Bach-Meiers

Art-Direktion:

UBG Büro Berlin

Druckauflage:

26000 Exemplare

Anzeigenverkauf:

Nielsen I, II, V, VI
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck und Verwendung
nur mit Genehmigung.
© Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint viermal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Redaktionsschluss: 30.9.2025

EU-Check

In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.



Bürokratieabbau in the Making

Eine hitzig diskutierte EU-Richtlinie wird zurückgefahren: Die Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) etabliert einen umfassenden Rahmen in Bezug auf unternehmerische Sorgfaltspflichten. Zum Nachteil vieler Mittelständler jedoch mit erheblicher Komplexität und hohem Verwaltungsaufwand. Die im Februar vorgestellte Sammelrichtlinie (Omnibus I) soll Verhältnismäßigkeit in das Vorhaben bringen. Ende Juli wurde ein vereinfachter und in seiner Gesamtlänge über die Hälfte gekürzter Entwurf der Europäischen Nachhaltigkeitsberichtsstandards (ESRS) vorgestellt. Die Konsultation hierzu lief bis zum 29. September. Parallel dazu gab die Kommission gewillten KMU mit dem freiwilligen Standard (VSME) eine Empfehlung zur Umsetzung der Vorgaben in die Hand – modular und eigenverantwortlich. Mit den Änderungen beherrscht nunmehr Qualität statt Quantität den weiteren gesetzgeberischen Prozess. Die Vermeidung mehrwertbefreiter Belastung und Bürokratie für KMU muss dabei höchste Priorität haben.



Technologieneutralität sieht anders aus

Nach dem übereilten Verbrenner-Aus plant die Europäische Kommission für Ende 2025 einen Gesetzesvorschlag zur Ökologisierung von Unternehmensflotten. Ziel: Unternehmen sollen schrittweise auf emissionsfreie Fahrzeuge umstellen. Ob Firmenwagen, Leasing, Mietwagen oder echte Flotten – KMU sind im direkten Anwendungsbereich, was erhebliche Risiken birgt – insbesondere für mittelständische Unternehmen. Nicht nur aufgrund ihrer begrenzten finanziellen Ressourcen bei gleichzeitig höchstbürokratischen Fördermöglichkeiten. Aber auch aufgrund mangelnder Leasingoptionen für E-Fahrzeuge in ländlichen Regionen oder fehlender technologischer Infrastruktur, was für KMU mit regionalem Liefer- oder Handwerksbetrieb ein echtes Problem darstellt. Zudem erschwert die fehlende Planungssicherheit infolge unklarer politischer Wegrückung das Investitionsgeschehen. Ohne eine differenzierte und realitätsnahe Betrachtung des Vorhabens, droht der Vorschlag bestehende Ungleichgewichte zu verschärfen. Flottenpolitik darf nicht auf dem Rücken der KMU ausgetragen werden, die ohnehin schon unter hohen Kosten und Bürokratie leiden.

Die Jury

Marion Walsmann (CDU) und Markus Ferber (CSU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe



PKMEurope
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Gremien

Bundsvorstand in Berlin

Am 8. Juli tagte der MIT-Bundsvorstand in Berlin. Neben aktuellen politischen Bestandsaufnahmen wurden wie immer neue Beschlüsse gefasst: So fordern wir z.B. ein Gesetz zur Einrichtung eines zentralen Unternehmensportals, über das die Unternehmen ihre Verwaltungsdienstleistungen abwickeln können. Wir werden uns einsetzen für ein Sofortprogramm für bessere Bildung im Handwerk sowie für praxisnahe und bürokratiearme Rahmenbedingungen in der ambulanten und stationären Gesundheitsversorgung.



Online-Event 1

Lunch-Talk des MIT-Netzwerks Industrie: „Wo steht der Wirtschaftsstandort Deutschland?“

Mit Robin Winkler, Chefvolkswirt Deutschland bei der Deutschen Bank, hat das MIT-Netzwerk Industrie unter Leitung von Tilman Kuban und Gero Schulze Isfort am 12. Juni mit über 80 Teilnehmern über die Perspektiven für den Standort Deutschland gesprochen. Winkler hob in seinem Impuls hervor, dass Haushalte, Industrie und Investoren wieder deutlich optimistischer seien. Die neue Bundesregierung vermittele das Gefühl, dass Deutschland wieder an sein Potenzial glaubt. Unternehmen wollen wieder investieren. Winkler sieht die Industrie nicht im Niedergang, aber in einem Strukturwandel begriffen. Die industrielle Wertschöpfung wachse vor allem im Bereich High-Tech. Es sei unklar, welche Auswirkungen der Strukturwandel auf die Beschäftigung habe. Mit Blick auf den Koalitionsvertrag sieht er gute Signale für Investitionsanreize und Bürokratieabbau, forderte zugleich aber mehr Schritte, um das Arbeitsvolumen in Deutschland zu erhöhen.



Online-Event 2

Digital-Talk zum EU-Binnenmarkt



Der EU-Binnenmarkt birgt weiter großes Potenzial für den deutschen Mittelstand. Zugleich muss die EU Regulierungen und Bürokratie in vielen Politikbereichen abbauen, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu stärken und die Akzeptanz für die Europäische Union insgesamt nicht zu gefährden. Dies ist das Fazit eines Digitaltalks mit Marion Walsmann (Mitglied des Europäischen Parlaments und Co-Vorsitzende des Parlamentskreis Mittelstand Europe), Tilman Kuban (Europapolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion) und Dr. Daniel Mitrenga (Mitglied der Geschäftsleitung und Leiter Europapolitik bei Die Familienunternehmer) am 15. Juli. Moderiert vom MIT-Hauptgeschäftsführer Fabian Wendenburg, diskutieren rund 70 MITglieder mit den Referenten über konkrete Politikfelder und die Mehrheitsbildung im Europäischen Parlament. Ein gelungener Austausch.

Online-Event 3

MIT-Digitaltalk mit Staatssekretär Thomas Jarzombek

Mit der Gründung des Bundesministeriums für Digitales und Staatsmodernisierung hat sich die neue Bundesregierung ehrgeizige Ziele gesetzt: Deutschland soll digitaler und die Verwaltung spürbar effizienter werden. Am 28. August diskutierten dazu Thomas Jarzombek MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im neuen Ministerium, und unser designierter Hauptgeschäftsführer, Bastian Pophal, bei einem digitalen MIT-Lunch Talk. Nach einem Impuls von Jarzombek zur Agenda des Ministeriums hatten die über 100 Teilnehmer Gelegenheit, Fragen zum Deutschland-Stack, Bürokratierückbau sowie den konkreten Herausforderungen und Chancen der digitalen Staatsmodernisierung zu debattieren.





Mitgliederstatistik

Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände (31.08.2025)



Verbände mit dem größten relativen Zuwachs (31.08.2025)



Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs (31.08.2025)





Zukunft. Machen.

Agenda für eine neue Dynamik.

Deutschland kann mehr – mehr als in den letzten Jahren deutlich geworden ist. Dazu muss unser Land endlich vom „Reden“ ins „Machen“ kommen. Von einem Aufschwung müssen alle Menschen in Deutschland profitieren. Wir in der Sparkassen-Finanzgruppe verstehen uns dabei als „Möglichmacher“. Wir haben Vorschläge, was verändert werden muss, um gemeinsam eine neue Dynamik zu entfachen.



Erfahren Sie mehr über
unsere Vorschläge unter
www.dsgv.de/zukunftmachen



Weil's um mehr als Geld geht.

Push dein Business.

Rechnung bezahlt.
Belege gescannt und
schon verbucht.
Mit Lexware.

Jetzt testen,
50 % sparen.



Lexware



INHALT

2 **Nordrhein-Westfalen**

Noch digitaler/crossmedia/MIT-Merch!
MIT NRW gratuliert „unserem“ Harald Pohlmann zum Bundesverdienstkreuz
MITtendrin in OWL und Münsterland
„Neu-Staat made in OWL“
Zu Gast bei der WeGrow AG in Tönisvorst

5 **Bayern**

Sommerempfang der fränkischen Bezirksverbände der MU Bayern
Rund 100 Gäste bei der Mittelstands-Union Niederbayern
Zahlreiche Veranstaltungen der MU

6 **Brandenburg**

Wirtschaftskahn bringt Lübbener Unternehmen in den Dialog

7 **Niedersachsen**

MIT Garbsen besucht die Schwarze (ASG) GmbH
Starkes Signal vom Landesmittelstandstag

9 **Schleswig-Holstein**

Parlamentarischer Abend bei Heinrich Karstens Bauunternehmung in Kiel

10 **Thüringen**

Sommerfest der MIT Thüringen 2025

11 **Hessen**

Impulse für eine moderne Verwaltung

11 **Hamburg**

Es MITsommerte wieder

12 **Mecklenburg-Vorpommern**

Gemeinschaft und Austausch im Zeichen der CDU
Sommerempfang der MIT Schwerin und des Landesverbandes

Noch digitaler/crossmedia/MIT-Merch!

Nordrhein-Westfalen. Was gibt's Neues bei der MIT NRW in Sachen Internetseite und digitale Neuerungen? Dazu der MIT-Landesgeschäftsführer Stefan Simmnacher im Interview. Aber zu Lesen gibt es hier nur den Anfang. Das gesamte Interview gibt's per Konrad Plus. Einfach der Anleitung rechts folgen!

Die MIT-Landesgeschäftsstelle will noch digitaler werden: Wie genau soll das aussehen? Naja, wir wollen noch mehr crossmedia arbeiten. Und natürlich in den Sozialen Netzwerken noch mehr präsent sein. Dazu nutzen wir dann auch Konrad Plus, um Bewegtbild und Print zusammenzuführen. Aber auch für unsere Gremien wollen wir in den kommenden Monaten noch weitergehen.

Was genau soll sich denn für Funktionsträger der MIT ändern? Wir erweitern unsere Homepagefunktionen und zukünftig wird es sowas wie einen



„Internen Bereich“ geben. Das heißt, Ehrenamtler werden ein Kundenkonto mit individuellen Dokumenten und Materialien erhalten, so zum Beispiel Protokolle. Damit ist Schluss mit einem Großteil unserer Mailzusendungen.

Wann genau geht's los? Wir werden das sukzessive einführen. Und natür-

QR-Code scannen und
KONRAD.PLUS downloaden.



Jetzt kann es losgehen.
KONRAD.PLUS öffnen
und damit das Bild von
Stefan Simmnacher scannen.

lich testen wir das auch Ich denke im Herbst legen wir so richtig los. Wir werden auch digitalere Anmeldeverfahren für Veranstaltungen, Gremien usw. einführen und mit unserer Internetseite verknüpfen.

Und es soll einen E-Shop geben?
Ja... das nennen wir „MIT-Merch“...

Fotos: MIT Nordrhein-Westfalen

MIT NRW gratuliert „unserem“ Harald Pohlmann zum Bundesverdienstkreuz

Nordrhein-Westfalen. Ministerpräsident Hendrik Wüst hat den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland an Dr. Harald Pohlmann ausgehändigt. Der Bundesverdienstorden ist die höchste Auszeichnung der Bundesrepublik Deutschland und ehrt besondere Leistungen für das Gemeinwesen. „Harald Pohlmann ist seit mehr als 30 Jahren in der Kommunalpolitik aktiv. Er beginnt sein Engagement als Mitglied des CDU-Stadtverbandes und bringt es innerhalb von nur zwei Jahren zum Vorsitzenden. 1999 wird er in den Rat der Stadt Lemgo gewählt. Von 2008 bis zu seinem Ausscheiden 2020 ist er



Fotos: MIT Nordrhein-Westfalen

Fraktionsvorsitzender seiner Partei.“, so Wüst.

Neben seinem Einsatz als Bundesvorstandsmitglied und Bezirksvorsitzender der MIT in Ostwestfalen Lippe über fast drei Jahrzehnte hatte Harald Pohlmann

sich auch besonders für die Kultur in seiner Heimatstadt Lemgo stark gemacht und wurde dafür ausgezeichnet. Dazu zählen innovative kulturelle Projekte wie das „Theater an ungewöhnlichen Orten“. Außerdem liegt Pohlmann die

Erinnerungskultur am Herzen. Er setzt sich für eine würdige Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus in Lemgo ein und unterstützt die Verlegung von „Stolpersteinen“ und die Neueinrichtung der Gedenkstätte Frenkel-Haus.

MITtendrin in OWL und Münsterland

Nordrhein-Westfalen. Zwei Tage war die MIT-Landesvorsitzende Angela Erwin „on the road“. Und dabei spielte das - neben den für die MIT NRW so wichtigen Firmenbesuchen - Thema Kommunalwahlkampfunterstützung natürlich auch eine große Rolle.

Die Unternehmen Schmidtgruppe und FitX in Coesfeld, der Coppentrath-Verlag und die Spiegelburg in Münster, die GOLDBECK AG in Bielefeld, in Paderborn die HEGGEMANN AG und Four20Pharma standen auf der umfangreichen Ablaufplanung.

Und es war alles dabei. Vom Verlagswesen und der Automatenwirtschaft über Stahlbau, Defense und Luftfahrtindustrie bis hin zu pharmazeutischem Cannabis.

Alle Termine waren spannend, aber bei Goldbeck gab es einen be-

sonderen Gastgeber. Firmengründer Ortwin Goldbeck kam selbst dazu und führte die Politiker durch sein Unternehmen. Selbst Anfang der 1980er Jahre MIT-Kreisvorsitzenden, war dies fast wie ein Familientreffen, auch wenn es wichtige und schwierige Themen rund um Vergabe und Bauwirtschaft zu besprechen gab. Ganz anders als in einer Familie gab es aber keinen Dissens in der Sichtweise diesbezüglich und man will sich weiter eng abstimmen. Und wie anders - zwei Wochen vor Kommunalwahlen - waren auch immer tolle Bürgermeister- und

Landratskandidaten vor Ort mit dabei. Georg Lunemann, OB-Kandidat der CDU in Münster, Stefan-Oliver Strate als Bürgermeisterkandidat in Paderborn waren dabei und präsentierten ihre Leuchtturmunternehmen.

Mit dabei in den Delegationen auch der Bezirksvorsitzenden aus den Bezirken OWL und Münsterland, Stefan Alexander Roth und Anja Karliczek MdB, Simone Wendland MdL, Bernhard Hoppe-Biermeyer MdL, Verena Mertens MdEP und Stefan Nacke MdB.



FotoS: MIT Nordrhein-Westfalen



„Neu-Staat made in OWL“

Kreis Paderborn. „Einfach mal machen!“ Dieses einfache und eingängige Motto gehört schon lange zur Agenda des Paderborner Bundestagsabgeordneten und CDU-Generalsekretärs Carsten Linnemann. Einfach mal etwas wagen, ausprobieren, auch Risiken eingehen: Diese Eigenschaft, die erfolgreiche Mittelständler auszeichnet, zog sich wie ein roter Faden durch das traditionelle „Libori WarmUp“ der MIT. 400 Gäste und die Verleihung eines Pader-Pfaus an Landrat Christoph Rütter standen auf der To-Do-Liste. In seinem Grußwort ging Carsten Linnemann auf die dank der handelnden Personen sichtbaren Erfolge der Digitalisierung und Entbürokratisierung vor Ort ein und nannte das noch vor Hongkong international ausgezeichnete „Digitale Dorf“ Etteln als Beispiel für Mut und Ausdauer. Überbordende Bürokratie und mangelnder politischer Mut bei Digitalisierung und Innovation, insbesondere auch in Behörden und der Politik seien die Stimmungskiller und Bremsklötze, die jetzt zügig beseitigt werden müssen,



Foto: MIT Nordrhein-Westfalen

Traditionell wird beim Libori WarmUp nach dem offiziellen Teil das „Paderborn-Lied“ gesungen (v.l.): Ralph Brinkhaus MdB, Carsten Linnemann MdB, MIT-Kreisvorsitzender Ulrich Lange, Regierungspräsidentin Anna Katharina Bölling und Landrat Christoph Rütter.

ten, unterstrich auch Ralph Brinkhaus, Bundestagsabgeordneter aus dem Nachbarkreis Gütersloh und Vorsitzender der CDU/CSU-Arbeitsgruppe „Digitales und Staatsmodernisierung“ in seinem Libori-Impuls. In seinem Dank stellte Rütter fest, dass es in den

vergangenen Jahren viele Herausforderungen gegeben habe, wie Corona, Hochwasser, Tornado und natürlich auch den Flughafen. „Das funktioniert nur, wenn man tolle Teams und Menschen an der Seite hat, die gemeinsam die Sachen anpacken.“

Zu Gast bei der WeGrow AG in Tönisvorst

Kreis Viersen. Vor 15 Jahren entdeckten die Gründer Allin Gasparian und Peter Diessenbacher den Kiribaum im botanischen Garten der Universität Bonn. Dabei entstand die Vision, mit dem Unternehmen WeGrow und dem Kiribaum Ökologie und Ökonomie miteinander in Einklang zu bringen. Der Kiribaum gilt als der schnellwüchsigste Baum unserer Erde. Er kann über sechs Meter in einem Jahr wachsen. Bereits 3-6 Jahre nach der Pflanzung kann sein Holz für den Holzbau genutzt werden. Der Kreisvorsitzende der MIT Georg Körber stellte fest, dass die WeGrow AG sich

vom Sitz in Tönisvorst aus zu einem weltweit agierenden Unternehmen entwickelt hat. Inzwischen ist die Gesellschaft sogar börsennotiert. Herr de Sousa vermittelte einen Überblick über die Unternehmensaktivitäten. Insbesondere die Verwendungsmöglichkeiten des Holzes erstaunten. Im Bereich von Gebäudeaufstockungen und Holzmodulbau können Gewichtsersparungen große Vorteile bringen. Weitere Anwendungsbereiche sind zum Beispiel der Saunabau oder der Bau von Sportbooten, Skiern, Surfboards und Snowboards. Viele Fragen der Besucher machten die Bedeutung



Foto: MIT Nordrhein-Westfalen

Spannender Unternehmensbesuch bei WeGrow

des Themas deutlich. Eine intensive Diskussion und ein Rundgang durch den Betrieb rundeten die Präsentation ab.

Sommerempfang der fränkischen Bezirksverbände der MU Bayern

Geiselwind. Rund 170 Gäste folgten am gestrigen Abend der Einladung der fränkischen Bezirksverbände der MU – Oberfranken, Unterfranken, Mittelfranken sowie Nürnberg-Fürth-Schwabach – zum gemeinsamen Sommerempfang in die Music Hall der Familie Strohhofer in Geiselwind. Unter dem Leitthema „100 Tage Bundesregierung – die MU zieht Bilanz“ erlebten die Teilnehmer einen informativen und geselligen Sommerabend bei hochsommerlichen Temperaturen. Besonders erfreulich: Die MU konnte an diesem Abend mehrere neue Mitglieder gewinnen.

Höhepunkt des Abends war die Rede des Landesvorsitzenden der Mittelstands-Union Bayern, Sebastian Brehm. In seiner Bilanz der ersten 100 Tage der Bundesregierung sparte er nicht mit klaren Worten: Zwar seien die beschlossenen steuerlichen Sofortprogramme zu begrüßen und würden erste positive Impulse für die



Foto: MU Bayern

Der Sommerempfang der fränkischen Bezirksverbände

deutsche Wirtschaft setzen, doch mangle es insgesamt an Tempo, Zielklarheit und Entlastung für den Mittelstand.

Brehm forderte einen entschlossenen Bürokratieabbau, steuerliche Entlastungen – etwa durch Steuerfreiheit nicht nur der Zuschläge, sondern auch der geleisteten Überstunden –, eine

Senkung der Energiepreise sowie gezielte Investitionen in innovative Technologien und die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland. „Der Mittelstand braucht Planungssicherheit, weniger Hemmnisse und eine klare wirtschaftspolitische Marschrichtung der Bundesregierung“, so Brehm.

Rund 100 Gäste bei der Mittelstands-Union Niederbayern

Bayerbach. Der traditionelle Sommerempfang der MU Niederbayern fand in diesem Jahr im stimmungsvollen Huckenhammer Stadl in Bayerbach statt. Rund 100 Gäste aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft nutzten die Gelegenheit zum Austausch und zum Netzwerken. Nach der Begrüßung durch Felix Hasenberger konnte die MU mit Staatsminister Dr. Florian Herrmann, MdL, einen prominenten Ehrengast und Hauptredner willkommen heißen, der in seiner Rede ein leidenschaftliches Plädoyer für die Belange des Mittelstands hielt.

Dr. Herrmann betonte eindringlich, dass der Mittelstand das Rückgrat der bayerischen und deutschen Wirtschaft bilde. Umso wichtiger sei es, diesen Unternehmen endlich mehr Freiräume zu geben, damit sie ihre Innovationskraft entfalten und Investitionen tätigen können. In einer anschließenden Impulsrede griff der MU-Landesvorsitzende Sebastian Brehm die aktuellen wirtschaftspolitischen Herausforderungen auf.



Foto: MU Niederbayern

Die Diskussionsrunde beim Sommerempfang in Bayerbach.

Die Atmosphäre im Huckenhammer Stadl war geprägt von Optimismus und Aufbruchsstimmung. Neben den inhaltlichen Diskussionen bot der Sommerempfang auch Raum für persönliche Gespräche und neue Kontakte. Auch hier konnte die MU an diesem Abend mehrere neue Mitglieder gewinnen.

Zahlreiche Veranstaltungen der MU

Oberlindach. Beim Sommerempfang im 30. Jubiläumsjahr der MU Erlangen-Höchstadt im Acanthus Hotel in Oberlindach war der frühere CDU-Politiker Wolfgang Bosbach als Hauptredner zu Gast. Bevor er das Wort ergriff, ließ er sich vom MU-Kreisvorsitzenden, Peter Brehm, durch die Unternehmensausstellung im Foyer der Hotel-Eventscheune führen. Zum Sommerempfang der MU im Genuss & Spa Resort Der Birkenhof in Hofenstetten im Landkreis Schwandorf konnte der MU-Kreisvorsitzende Christian Paulus die stellvertretende CSU-Generalsekretärin, Tanja Schorer-Dremel, MdL begrüßen. „Hier wird Nachhaltigkeit und unternehmerische Verantwortung für die Mitarbeiter sowie ausgeprägter Geschäftssinn gelebt“, sagte Schorer-Dremel. Die genannten Veranstaltungen, wie auch die Informationsreise der MU Tirschenreuth nach Pilsen (CZ), stehen exemplarisch für die zahlreichen Termine der MU vor Ort, bei denen deutlich wurde: Die MU ist ein starkes Unternehmernetzwerk!



Foto: KV Schwandorf

Der Sommerempfang des KV Schwandorf.



Foto: MU Tirschenreuth

Die Informationsreise der MU Tirschenreuth nach Pilsen (CZ).



Foto: MU Erlangen-Höchstadt

Der Sommerempfang im 30. Jubiläumsjahr der MU Erlangen-Höchstadt.

Brandenburg

Wirtschaftskahn bringt Lübbener Unternehmen in den Dialog

Brandenburg/Lübben. Kein Sitzungssaal, keine PowerPoint – stattdessen Holzbohlen, Wasser unterm Boot und direkte Gespräche: Beim zweiten „Wirtschaftskahn“ der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) im Landkreis Dahme-Spreewald trafen sich erneut Unternehmerinnen und Unternehmer aus Lübben und Umgebung zu einem offenen Austausch – nach Feierabend, mitten im Spreewald, auf einem Kahn.

Ins Leben gerufen wurde das Format von Matthias Kreissler, Geschäftsführer der Firma Kreissler24



Foto: MIT Brandenburg

KG, und Tina Olschewski-Emden, die gemeinsam die MIT LDS führen. Ihre

Idee: Wirtschaftspolitik und Unternehmertum dorthin bringen, wo es ehrlich und unkompliziert zugeht – aufs Wasser und direkt ins Gespräch.

Kurze Vorstellungsrunde statt langer Reden

Der Abend begann mit einer lockeren Vorstellungsrunde. Jeder stellte sich vor, erklärte sein Unternehmen und sprach darüber was ihn aktuell bewegt. So wusste jeder gleich, mit wem er es zu tun hat, ganz ohne Namensschild oder formellen Rahmen.

Mit dabei waren rund 20 Unternehmerinnen und Unternehmer aus verschiedensten Branchen: Vom Handwerk über Architektur bis zum regionalen Handel und der Landwirtschaft. Diese Vielfalt machte die Gespräche an Bord besonders interessant. Oft entstanden direkt Ideen für Zusammenarbeit, neue Kontakte oder einfach mehr Verständnis für die Sichtweise des anderen.

Politik und Wirtschaft im direkten Gespräch

Als Gäste waren auch Jens Richter, Bürgermeister der Stadt Lübben, und Jens Warnken, Präsident der Industrie- und Handelskammer Cottbus, mit an Bord. Beide beteiligten sich aktiv an den Gesprächen, nicht mit vorbereiteten Statements, sondern durch echtes Zuhören und Mitreden. Die Gespräche waren offen, konkret und praxisnah, getragen vom gemeinsamen Interesse die Region wirtschaftlich voranzubringen.

Ein Format, das ankommt und bleibt

„Der Wirtschaftskahn ist bewusst anders gedacht“, sagt Matthias Kreissler. „Wir bringen Unternehmer zusammen, ohne Bühne, ohne Protokoll – aber mit echtem Interesse aneinander.“

Tina Olschewski-Emden ergänzt: „Das Format lebt von seiner Bodenständigkeit. Hier begegnen sich Menschen, nicht Funktionen.“

Dass die Idee funktioniert, hat sich beim zweiten Mal deutlich gezeigt – und so ist der nächste Wirtschaftskahn bereits in Planung. Wieder nach Feierabend, wieder auf dem Wasser, und wieder mit dem Ziel: einander zuhören, sich austauschen und gemeinsam etwas bewegen.

Niedersachsen

MIT Garbsen besucht die Schwarze (ASG) GmbH

Niedersachsen. Wer kennt sie in Garbsen und der Hannover-Region nicht, die großen, blauen „Kran-Ungetüme“ des 1952 gegründeten Familienunternehmens Schwarze ASC GmbH? Der Stadtverband Garbsen der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) und das Unternehmen Schwarze hatten am 11.06.25 zu einem Blick hinter die Kulissen eingeladen. Fast 30 Mitglieder und Interessierte fanden sich bei strahlendem Sonnenschein ein und konnten eine Erfolgsstory hören, die von kleinen Anfängen als Abschleppunternehmen zu einer bundesweit operierenden Firmengruppe mit einer „bewegenden“ Angebotsvielfalt führt. Neben Kranarbeiten in aller Vielfalt werden Ladekrane bundes- und europaweit disponiert, Container vermietet und verkauft, Baustellen abgesichert, Nutzfahrzeuge und Verkehrstechnik repariert, Schwermontagen und Maschinenumsetzungen durchgeführt und last but not least eine moderne Ausbildungsakademie für ei-

ne bedarfsgerechte Facharbeitergewinnung betrieben. Und das alles auch in einer der Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung und der Mitarbeiterorientiertheit verpflichteten Unternehmensphilosophie. Über 120 Mitarbeitende und eine auch langfristig denkende und handelnde Unternehmensführung leben den Leitspruch: „Nur wer sich selbst bewegt, kann auch andere(s) bewegen!“

Nach einem instruktiven Betriebsrundgang konnten die erstaunten Besucher auch „Kranführer spielen“ und erhielten einen spannenden Einblick in deren verantwortungreiche Tätigkeit.

Zum Abschluss wurden wir zu einem zünftigen Imbiss eingeladen, bei dem in vielfältigen Gesprächen Kontakte vertieft und neu geknüpft werden konnten. Es war ein höchst interessanter Nachmittag, an den die Teilnehmenden gerne zurückdenken werden, wenn sie wieder einmal hinter einem „Kran-Ungetüm“ von Schwarze langsamer fahren müssen.



Fotos: MIT Niedersachsen

Starkes Signal vom Landesmittelstandstag

Papenburg. Holger Bormann mit 99,09 Prozent im Amt bestätigt – Rückenwind für den Mittelstand. In der beeindruckenden Kulisse der Meyer Werft in Papenburg setzte der Landesmittelstandstag der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) in Niedersachsen am Samstag, den 28. Juni 2025, ein starkes Zeichen für die Zukunft des Mittelstandes. Der Landesvorsitzende Holger Bormann wurde mit überwältigenden 99,09 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt – ein klares Vertrauensvotum und starkes Signal für seine engagierte Arbeit.



Holger Bormann bei seiner Bewerbungsrede zum Landesvorsitzenden

Neuwahlen: Starkes Team für Niedersachsen

Neben Holger Bormann wurden auch die stellvertretenden Landesvorsitzenden neu gewählt oder im Amt bestätigt:

- Uwe Dorendorf MdL, Martina Machulla MdL, Patrick Pietruck und Alexander Prox
- Ellen Keck-Wolterding übernimmt das Amt der Schatzmeisterin

Darüber hinaus wurden 17 Beisitzerinnen und Beisitzer aus ganz Niedersachsen gewählt:

Rolf Augustin, Frank Düssler, Dr. Christian Grahl, Birgit Kleine, Mareike Kunz, Frank Leonhardt, Imke Mentendorff, Justin Müller, Friedhelm Penning, Carsten Preuß, Thomas Rolfes, Jörg Rudolph, Dieter Schnittjer, André Schrader, Marcus Schulz, Rita van Döllen-Mokros und Reinhard Winter.

Starke Impulse für den Mittelstand

Ein weiteres Highlight der Tagung war die einstimmige Nominierung von Gitta Connemann zur MIT-Bundesvorsitzenden – gemeinsam mit sieben weiteren engagierten Kandidatinnen und Kandidaten aus Niedersachsen.



Holger Bormann und Gitta Connemann bestens gelaunt nach den guten Ergebnissen

Beschluss zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Niedersachsen

Mit einem klaren Fokus auf Zukunftssicherung und Wettbewerbsfähigkeit wurde ein umfassender Antrag verabschiedet, der die Niedersächsische Landesregierung zum Handeln aufruft. Gefordert werden:

1. Ein Investitionsprogramm der NBank, um gezielt KMU in den Bereichen Digitalisierung, Energieeffizienz, Automatisierung und Nachhaltigkeit zu stärken.
2. Förderung von Ausbildungskooperationen, beispielsweise durch Prämien für Praktikumsplätze und Unterstützung von Ausbildungsverbänden.
3. 25 Prozent Bürokratierückbau, unterlegt mit einem klaren Zeitplan je Ministerium und Übergabe eines MIT-Schwarzbuchs mit konkreten Vorschlägen an, die Landes- und Bundespolitik.
4. Restrukturierung des Landesamts für Statistik, um unnötige Erhebungen abzubauen und den Fokus auf relevante Daten zu legen.



Georg Gerdes, Bernd Eikens und Holger Bormann

5. Steuerliche Anreize für Nachhaltigkeitsinvestitionen, etwa durch Sonderabschreibungen auf Photovoltaik, Speicher oder energieeffiziente Technik.
6. Deutsch-Förderklassen an Berufsschulen, um sprachliche Hürden im Ausbildungsalltag gezielt abzubauen.

Dank an starke Partner

Ein besonderer Dank gilt Bernd Eikens, CEO der Meyer Werft, für seinen inspirierenden Impuls zu Beginn der Tagung und die Gastfreundschaft. Ebenso danken wir Sebastian Lechner MdL, CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzender, Vera Butterweck-Kruse, Geschäftsführerin der Butterweck Rundholzlogistik GmbH & Co. KG, und Rolf Augustin, Geschäftsführer der Augustin Entsorgung Holding GmbH, für den praxisnahen Talk zur wirtschaftlichen Lage in Niedersachsen.

Engagierter Austausch und starke Beteiligung

Ein herzliches Dankeschön an alle Delegierten, Gäste und Unterstützer – für den offenen Dialog, die starke Beteiligung und das gemeinsame Signal:

Der Mittelstand in Niedersachsen ist kraftvoll aufgestellt und bereit für die Zukunft.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion in Niedersachsen (MIT) vertritt über 4.600 Mitglieder und ist in 47 Kreisverbänden vor Ort organisiert. Sie steht für die Soziale Marktwirtschaft ein und wirbt für die Interessen der Leistungsträgerinnen und Leistungsträger in der mittelständischen Wirtschaft.

Parlamentarischer Abend bei Heinrich Karstens Bauunternehmung in Kiel

Kiel. Am 18. Juni 2025 lud die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Schleswig-Holstein zum parlamentarischen Abend nach Kiel. Gastgeber war die traditionsreiche Heinrich Karstens Bauunternehmung, die als langjähriger Partner des regionalen Mittelstands und Mitgliedsbetrieb der MIT Schleswig-Holstein den passenden Rahmen für einen lebendigen Austausch zwischen Politik, Wirtschaft und Verbänden bot. Dank des hervorragenden Wetters fand die Veranstaltung unter freiem Himmel im Innenhof statt und verlieh dem Abend eine besonders freundliche und offene Atmosphäre.

Den Auftakt des Abends machte Stefan Lange, Landesvorsitzender der MIT Schleswig-Holstein, der die über 200 Gäste herzlich willkommen hieß. In seiner Begrüßungsrede würdigte er die Bedeutung des Mittelstands für die Wirtschaft und Gesellschaft, begrüßte die zahlreichen Landtags- und Bundestagsabgeordneten sowie Repräsentanten befreundeter Verbände und Institutionen. Er skizzierte die wesentlichen Punkte, die aus seiner Sicht für die neue Bundesregierung von zentraler Bedeutung sind: Bürokratieabbau, Fachkräftesicherung, Förderung von Innovation und die Stärkung mittelständischer Unternehmen in ganz Deutschland.

Anschließend übernahm Christoph Karstens, Geschäftsführer der Heinrich Karstens Bauunternehmung, das Wort. In seinem Grußwort dankte er den Gästen für ihr Kommen und stellte in einer anschaulichen Präsentation die Geschichte, Werte und aktuellen Projekte seines Unternehmens vor: „Wir sind stolz darauf, als regional verwurzeltes Unternehmen seit Generationen zu bauen und Arbeitsplätze zu sichern. Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft – und das spüren wir jeden Tag in unserer Arbeit.“



Fotos: MIT Schleswig-Holstein

Gelungene Veranstaltung unter freiem Himmel.

Ehrengast des Abends war Innenministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack, die in ihrem Grußwort die Rolle des Mittelstands als „tragende Säule des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ hervorhob. Sie betonte die Verantwortung der Politik, verlässliche Rahmenbedingungen für Unternehmen zu schaffen: „Gerade in Zeiten multippler Krisen brauchen unsere Betriebe Planungssicherheit, Verlässlichkeit und weniger Bürokratie.“ Dr. Sütterlin-Waack ging auch auf sicherheitspolitische Fragen ein, die mittelbar Einfluss auf die Wirtschaft haben. Sie verwies auf die Bedeutung von Resilienz in der kritischen Infrastruktur, aber auch auf die Notwendigkeit, das ehrenamtliche Engagement – insbesondere im Bereich Feuerwehr und Katastrophenschutz – eng mit den Interessen der Wirtschaft zu verzahnen.



Ehrengast war Innenministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack.

Im Mittelpunkt der Diskussionen und Gespräche standen aktuelle Themen, die den Mittelstand bewegen: Fachkräftemangel, die Transformation hin zu klimafreundlicher Produkti-

on, Digitalisierung und die praktische Umsetzung von Bürokratieabbau. Die Wortmeldungen der Unternehmerinnen und Unternehmer machten deutlich, dass viele Betriebe an der Grenze ihrer Belastbarkeit angekommen sind. Einhellig wurde gefordert, dass Politik und Verwaltung den mittelständischen Realitäten stärker Rechnung tragen müssen.

Für das leibliche Wohl sorgte erneut Mirko Lühje, der als Caterer das traditionelle Spanferkelessen zubereitete und servierte. Für die musikalische Unterhaltung während des Abends war Pianoartist Jens Petersen verantwortlich, der mit seinem Repertoire für eine stilvolle und entspannte Atmosphäre sorgte.

Die Heinrich Karstens Bauunternehmung nutzte den Abend zudem, um den Gästen einen tieferen Einblick in ihre aktuellen Bauprojekte zu geben. Besonders beeindruckte, wie ein mittelständischer Betrieb mit Innovationskraft und klarer Werteorientierung erfolgreich durch die aktuellen Herausforderungen navigiert.

Bei gutem Essen, Musik und anregenden Gesprächen fand der parlamentarische Abend seinen geselligen Ausklang. Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer nutzten die Gelegenheit zum direkten Austausch mit politischen Entscheidungsträgern – ein eindrucksvolles Beispiel für die Stärke des MIT-Netzwerks in Schleswig-Holstein.

Sommerfest der MIT Thüringen 2025

Geschwenda. Unser Sommerfest 2025 führte die Mittelstands- und Wirtschaftsunion Thüringen auf Einladung des MIT KV Ilmkreis nach Geschwenda – mitten hinein in die Welt der Innovation, Präzision und Tradition. Gemeinsam besuchten wir zwei starke Unternehmen, die beispielhaft für die Leistungsfähigkeit unseres Mittelstands stehen: KHW Kunststoff- und Holzverarbeitungswerk GmbH sowie HAHNER Technik Stahlbau.

Nach der Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden Dr. Karl-Heinz Müller und die stellvertretende Landesvorsitzende Prof. Dr. Regina Polster stellten die beiden Geschäftsführer Marcus Cramer (KHK) und Horst Sichardt (Hahner) kurz die Geschichte ihrer Unternehmen vor, bevor sie uns persönlich durch ihre Unternehmen führten.



Fotos: MIT Thüringen

Bei KHW, Europas größtem Schlittenhersteller, konnten wir live erleben, wie aus modernem Spritzgussverfahren hochwertige Produkte entstehen – vom klassischen Kunststoffschlitten, der in über 30 Länder exportiert wird, bis hin zu innovativen Garten- und Freizeitartikeln. Stolz präsentierte das Unternehmen auch seine neuesten Entwicklungen und seine nachhaltigen Ideen: Recycling, Ressourcenschonung und die Ausbildung junger Fachkräfte stehen hier ganz oben auf der Agenda.

Nicht weniger beeindruckend zeigte sich HAHNER Technik. Mit über 50 Mitarbeitenden fertigt das Unternehmen am Standort Geschwenda komplexe Stahlkonstruktionen für Bau und Industrie. Der Rundgang durch die Fertigungshallen verdeutlichte, wie modernste Technik, hochqualifizierte Mitarbeiter und regionale Verwurzelung Hand in Hand gehen. Zugleich wurde spürbar: HAHNER ist nicht nur Produzent, sondern auch ein zuverlässiger Arbeitgeber und ein aktiver Partner der Region.

Austausch und Gemeinschaft

Doch Sommerfest bedeutet bei der MIT immer auch Gemeinschaft und Austausch. Zwischen Maschinen und



Hochregallagern, bei kühlen Getränken, Bratwurst und Brätel und Thüringer Herzlichkeit, ergaben sich viele Gespräche über die Herausforderungen und Chancen unserer heimischen Wirtschaft. Es wurde deutlich: Diese Unternehmen sind mehr als Produktionsstätten – sie sind Arbeitgeber, Innovationstreiber und Stützen der Region.

Wir danken allen Gastgebern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die offenen Einblicke und die herzliche Gastfreundschaft und das besondere Highlight - einen exklusiven MIT Kaffee-Becher für die Besucher. (Danke an unser Mitglied Lars Pitan für den passenden Kuchen.) Der Besuch hat eindrucksvoll gezeigt: Der Mittelstand in Thüringen verbindet Tradition mit Zukunft – und wir als MIT stehen fest an seiner Seite.

Impulse für eine moderne Verwaltung

Frankfurt am Main. Unter dem Motto „Digitalisierung von Verwaltungsleistungen und Kommunen“ versammelten sich hochkarätige Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung im Tech-Quartier Frankfurt. Die Veranstaltung, moderiert von Steffen Reitz, CEO der STEFFEN REITZ CONSULTING GmbH, Landesvorstandsmitglied der MIT Hessen und Vorsitzender der Landesfachkommission Digitales der MIT Hessen, bot einen intensiven Austausch über Chancen, Herausforderungen und konkrete Lösungsansätze für die digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung.

Hochkarätige Impulse und Diskussionen

Nach der Begrüßung durch Steffen Reitz und Sören Eversmeier vom Tech-Quartier eröffnete Dr. Tanja Engelhardt, Leiterin der Organisationsentwicklung der IHK Frankfurt am Main, mit einem Impulsvortrag aus Sicht der Wirtschaft. Sie skizzierte Erwartungen an die Politik und betonte die Notwendigkeit klarer digitaler Strategien für mittelständische Unternehmen. In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten:

- Christian Engelhardt, Landrat des Kreises Bergstraße, bekannt als „Der Digitalisierungslandrat“
- Matthias Drexelius, Direktor der ekom21 – KGRZ Hessen und Geschäftsführer der ekom21 GmbH
- Thomas Koch, stellvertretender Leiter der Abteilung Verwaltungsdigitalisierung im Hessischen Ministerium für Digitalisierung und Innovation
- Dr. Tanja Engelhardt, Leiterin Organisationsentwicklung der IHK Frankfurt am Main

Die Diskussion drehte sich um zentrale Fragen wie Medienbrüche in Verwaltungsprozessen, Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie die Rolle von KI und Start-ups in der Verwaltungsdigitalisierung. Besonders hervorgehoben wurde die Bedeutung von Mut, Fehlerkultur und Bürgernähe als Erfolgsfaktoren.

Technologische Highlights und Teamleistung

Ein besonderes Highlight war der Einsatz eines autonomen Serviceroboters der Firma Symbiosika – „HighTech made in Hessen“. Der BOT unterstützte die Veranstaltung interaktiv, verteilte die Veranstaltung flyer, servierte Getränke und präsent

Fotos: MIT Hessen



„Team Landesfachkommission Digitales der MIT Hessen. V. l. n. r.: Torsten Jaunich, Michael Steinwedel, Marco Eisenkolb, Thomas Wieland, Mathias Dehe, Steffen Reitz, Christian Valerian Friesen, Johannes Karsch, Kay Bärmann und Jasmin Klein.“

tierte über seinen Bildschirm den QR-Code zur MIT-Mitgliedschaft. Ein innovatives Beispiel für praktische Digitalisierung im Veranstaltungsformat.

Dank und Ausblick

Steffen Reitz schloss die Veranstaltung mit einem leidenschaftlichen Appell: „Digitalisierung muss dem Menschen dienen und nicht umgekehrt. Begeistern Sie die Menschen in Ihrem Umfeld, nehmen Sie ihnen die Ängste und gehen Sie mit gutem Beispiel voran.“

Die Veranstaltung zeigte eindrucksvoll, wie Digitalisierung nicht nur technische, sondern auch gesellschaftliche und politische Dimensionen umfasst. Der Dialog zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Politik ist essenziell, um tragfähige Lösungen zu entwickeln und die digitale Transformation nachhaltig gestalten.

Es MITsommerte wieder

Hamburg. Sommerzeit ist Zeit zum Netzwerken, daher lud der MIT-Landesverband Hamburg im Juli wieder zu seiner MITSommerLounge beim Abend der Wirtschaft ein, veranstaltet in bewährter Kooperation mit dem Hamburger Renn-Club e.V. Besonderer Gast auf der Galopprennbahn Hamburg-Horn war diesmal Gunther Bonz, ehemaliger CDU-Staatsrat der Hamburger Wirtschaftsbehörde, bis 2023 Präsident des

Unternehmensverbands Hafen Hamburg und bereits seit 2010 Chef von FEPORT, dem europäischen Verband der privaten Hafenoperateure und Terminalbetreiber.

Nach Bonz' Schlaglichtern auf die „Geopolitischen Auswirkungen der US-Politik auf Deutschland und Europa“ wartete ein gewohnt sommerliches Buffet auf die Gäste. Hautnah, direkt über dem Zieleinlauf, gab es dazu span-

Fotos: MIT Hessen



nende Endkämpfe der acht Tagesrennen beim Derby-Meeting. Wer mochte, setzte beim Wetten auf das ein oder andere Rennpferd – alle jedenfalls vergnügten sich bei Gespräch und gutem Essen bis in den vorgerückten Abend.

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Bundesgeschäftsstelle
Schadowstraße 3 · 10117 Berlin

Redaktion

V. i. S. d. P. für die MIT-Landesverbände:

- Baden-Württemberg: N.N.
info@mit-bw.de
- Bayern: Markus Zaglmann
markus.zaglmann@csu-bayern.de
mu@csu-bayern.de
- Berlin: Stefan Böhm
stefanboehm@mit-berlin.de
- Brandenburg: Jan Jacobi
info@mit-bb.de
- Bremen: Dipl.-Ing. Thomas Ventzke
info@cdu-bremerhaven.de
- Bremerhaven: Dipl.-Ing. Thomas Ventzke
info@cdu-bremerhaven.de
- Hamburg: Oliver Spatz
oliver.spatz@mittelstand-hamburg.de
info@mittelstand-hamburg.de
- Hessen: Tobias Binder
geschaeftsfuehrer@mit-hessen.de
- Mecklenburg-Vorpommern: Ulrike Mischke
mail@mit-mv.de
- Niedersachsen: Steffen Preugschat
preugschat@mit-niedersachsen.de
- Nordrhein-Westfalen: Stefan Simmnacher
stefan.simmnacher@mit-nrw.de
- Rheinland-Pfalz: Helmut Klapheck
helmut.klapheck@mit-rlp.de
info@mit-rlp.de
- Saarland: Dennis Detzler
dennis.detzler@saar.cdu.de
- Sachsen: Andreas Nowak
post@mit-sachsen.de
Andreas Nowak
presse@mit-sachsen.de
- Sachsen-Anhalt: Tobias Schmidt
schmidt@cdufraktion.de
- Schleswig-Holstein: Thomas Klömmner
mit@cdu-sh.de
- Thüringen: Prof. Dr. Regina Polster
mit@cdu-erfurt.de

Verlag und Druck

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802213
Telefax: 02226 802222
E-Mail: mit-mittelstandsmagazin@ubg365.de

Projektleitung

Sonja Bach-Meiers
E-Mail: verlag@ubg365.de

Redaktion

Gabriele Grabowski
E-Mail: mit-mittelstandsmagazin@ubg365.de

Art-Direktion

UBG, Betriebsstätte Berlin

Titelbilder

MIT Nordrhein-Westfalen, MU Bayern, KV Schwandorf, MIT Brandenburg, MIT Niedersachsen, Philipp Ziebart, MIT Schleswig-Holstein, MIT Thüringen, MIT Mecklenburg-Vorpommern, MIT Mecklenburg-Vorpommern

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung der MIT.

Mecklenburg-Vorpommern**Gemeinschaft und Austausch im Zeichen der CDU**

Foto: MIT Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg-Vorpommern. Im August 2025 luden die CDU Waren/Seenlandschaft und die Mittelstands- und Wirtschaftsunion Mecklenburgische Seenplatte ihre Mitglieder zum traditionellen Sommerfest ein. Bei bestem Sommerwetter genossen die Anwesenden einen gelungenen Abend mit frisch Gegrilltem und anregenden Gesprächen.

Aus dem gesamten Landkreis Mecklenburgische Seenplatte waren CDU-Mitglieder angereist, um sich in entspannter Atmosphäre zu begegnen, Erfahrungen auszutauschen und die parteiinterne Vernetzung zu stärken. Der Abend bot Gelegenheit, aktuelle Themen der Kommunal- und Landespolitik zu diskutieren, aber

auch das persönliche Miteinander zu pflegen.

„Dieses Fest zeigt, wie wertvoll der Austausch innerhalb unserer Partei ist. Gerade in lockerer Runde entstehen viele Ideen und Impulse, die wir in unsere Arbeit für die Region einfließen lassen können“, betonten die Gastgeber Christian Holz (Vorsitzender der CDU-Waren/Seenlandschaft) und Peter Bauer (Vorsitzender der MIT Mecklenburgische Seenplatte).

Das Sommerfest unterstrich einmal mehr die Verbundenheit der Mitglieder im größten Landkreis Deutschlands und die gemeinsame Motivation, die Zukunft der Region aktiv mitzugestalten.

Sommerempfang der MIT Schwerin und des Landesverbandes

Eine Seefahrt, die ist nicht nur lustig, sondern war auch der perfekte Rahmen für ein Treffen unserer engagierten Mitglieder. Am 10.09. stießen wir in den Schweriner See und konnten uns abermals der Schönheit unserer Landeshauptstadt Schwerin verschönern. Ein Foodtruck am Anleger versorgte die Gäste mit verschiedenen Köstlichkeiten. Ein wiederholungswürdiger Abend.



Foto: MIT Mecklenburg-Vorpommern